



BESCHLUSSVORLAGE - OFFENLAGE	Vorlage Nr.:	
	Verantwortlich:	Dez. 2
Stellenschaffungsverfahren 2020		

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Personalausschuss	24.04.2020			x	
Offenlage GR	05./06.05.2020			x	

Beschlussantrag

- Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die in der Liste 1 enthaltenen Stellenschaffungen ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt im Umfang von rund 4,6 Mio. Euro.
- Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die durch die Bürgermeisterkonferenz priorisierten Stellenschaffungen der Liste 2 im Umfang von rund 9,2 Mio Euro. Die Stellenbesetzungen erfolgen auf Grund der derzeitigen Finanzsituation im Regelfall (frühestens) zum 1. Januar 2021.
- Der Gemeinderat beschließt zudem die Schaffung von weiteren 2,0 VZW (in E 9b und E 10; Jahresaufwand: 145.600 Euro) beim IT-Amt. Aufgrund der aktuellen Situation ist es dringend notwendig, Videokonferenztechnik stadtwweit einzusetzen. Derzeit stehen wir hier noch am Anfang und das IT-Amt ist mit dem vorhandenen Personal nicht in der Lage, in der gewünschten Geschwindigkeit eine flächendeckende Einführung und dauerhafte Betreuung zu ermöglichen. Für die Administration der Software/Hardware ergibt sich kurzfristig dieser weitere Bedarf.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	4,6 Mio. Euro (Liste1) 9,4 Mio. Euro (Liste2)		Rd. 14 Mio. Euro
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu			
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Vorbemerkung

Im Doppelhaushalt 2019/2020 wurden für Stellenschaffungen im Jahr 2020 Mittel in Höhe von 6,4 Mio. Euro veranschlagt. Da das Rechnungsergebnis im Personalhaushalt 2019 den im DHH 2019/2020 genehmigten Planansatz unterschreitet, stehen zudem weitere Haushaltsmittel für Stellenschaffungen im Umfang von rund 2,8 Mio. Euro zur Verfügung. Insgesamt können so im Jahr 2020 Stellen im Umfang von rund 9,2 Mio. Euro geschaffen werden.

Des Weiteren wurde im Doppelhaushalt 2019/2020 zur Umsetzung des Ausbaus des Ganztags-schulbetriebs, der Kindertageseinrichtungen und der Schulsozialarbeit ein gesondertes Budget von insgesamt 1,2 Mio. Euro für 2020 eingestellt. Dieser Betrag soll dazu genutzt werden, um im Jahr 2020 unterjährig die erforderlichen Stellen einzurichten. Nach den heute bekannten Ausbauplanungen ist der eingestellte Betrag auskömmlich. Nicht benötigte Ansätze fließen am Ende des Jahres dem Gesamthaushalt zu. Eine Priorisierung entfällt.

Vorbewertung der Stellenschaffungsanträge durch die Verwaltung

Die Stellenschaffungsanträge wurden vom Personal- und Organisationsamt organisatorisch geprüft. Die für notwendig erachteten Stellenschaffungsanträge wurden kategorisiert nach der Art der Aufgaben:

- Aufgabentyp P: Stellenschaffungen für Pflichtaufgaben
- Aufgabentyp S: Stellenschaffungen ergeben sich durch die kommunale Selbstverpflichtung, z.B. Gemeinderatsbeschlüsse oder sind notwendig zur ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung der Verwaltung
- Aufgabentyp F: Freiwillige Aufgaben oder Standarderhöhungen

Priorisierung durch die Verwaltungsführung

Durch den Oberbürgermeister und die Bürgermeisterkonferenz wurden danach die Stellenschaffungsanträge nach Wichtigkeit und Dringlichkeit priorisiert und liegen nun dem Personalausschuss/Gemeinderat in zwei Listen zusammengefasst vor.

Die **Liste 1** enthält Stellenschaffungen, für deren Einrichtung die zur Verfügung stehenden Mittel für Stellenschaffungen nicht in Anspruch genommen werden. Durch die Schaffung dieser Stellen entstehen auch keine zusätzlichen Belastungen für den Gesamthaushalt, da eine Refinanzierung gegeben ist.

Im **Abschnitt A** sind befristete Stellen enthalten, für die aus organisatorischer Sicht eine Umwandlung in unbefristete Planstellen bzw. befristete Verlängerungen empfohlen werden. Diese Stellen sind im Personalhaushalt schon budgetiert.

Im **Abschnitt B** sind überplanmäßige Stellen enthalten, für die aus organisatorischer Sicht die Umwandlung in Planstellen empfohlen werden und die mindestens seit zwei Doppelhaushalten eingerichtet und besetzt sind. Diese Stellen sind im Personalhaushalt ebenfalls schon budgetiert.

Im **Abschnitt C** sind Stellen enthalten, für die aus organisatorischer Sicht die Schaffung von Planstellen empfohlen werden und bei denen eine Refinanzierung im Gesamthaushalt vorhanden ist. Die Haushaltsmittel werden nicht in den Personalhaushalt übertragen, allerdings wird die Summe des Abschnitts C als Ertrag dem Personalhaushalt gegengerechnet.

Die Stellenschaffungsanträge der Dienststellen auf der Liste 1 umfassen insgesamt 58,86 VZW mit einem Gesamtvolumen von rund 4,6 Mio. Euro.

Die **Liste 2** beinhaltet Stellenschaffungsanträge, für die im Personalhaushalt rund 9,2 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Die Stellenanträge der Liste 2, die vom Oberbürgermeister und der Bürgermeisterkonferenz priorisiert wurden, sind mit einer grünen Markierung hervorgehoben. Des Weiteren beinhaltet die Liste 2 Stellen, die organisatorisch notwendig, aber aufgrund des begrenzten Budgets als nachrangig betrachtet wurden (ohne grüner Markierung). Der Umfang der Stellenschaffungsanträge mit höchster Priorisierung liegt bei 120,45 VZW und einer Gesamtsumme von 9.271.632 Mio. Euro. Die Begründungen für einzelne Stellenschaffungsanträge sind direkt bei den einzelnen Positionen aufgeführt.

Beschluss:

I. Beratung der Stellenschaffungen in der Sitzung des Personalausschusses am 24. April 2020

II. Antrag an den Gemeinderat

1. Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die in der Liste 1 enthaltenen Stellenschaffungen ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt im Umfang von rund 4,6 Mio. Euro.
2. Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die durch die Bürgermeisterkonferenz priorisierten Stellenschaffungen der Liste 2 im Umfang von rund 9,2 Mio Euro. Die Stellenbesetzungen erfolgen auf Grund der derzeitigen Finanzsituation im Regelfall (frühestens) zum 1. Januar 2021.
3. Der Gemeinderat beschließt zudem die Schaffung von weiteren 2,0 VZW (in E 9b und E 10; Jahresaufwand: 145.600 Euro) beim IT-Amt. Aufgrund der aktuellen Situation ist es dringend notwendig, Videokonferenztechnik stadtweit einzusetzen. Derzeit stehen wir hier noch am Anfang und das IT-Amt ist mit dem vorhandenen Personal nicht in der Lage, in der gewünschten Geschwindigkeit eine flächendeckende Einführung und dauerhafte Betreuung zu ermöglichen. Für die Administration der Software/Hardware ergibt sich kurzfristig dieser weitere Bedarf.

III. Zur Offenlegung am 05./06. Mai 2020

IV. Aufnahme ins Ratsinformationssystem und Übersendung der Vorlage an die Mitglieder des Gemeinderats/Ausschusses und der betroffenen Amtsleitungen.

V. Z. d. A. (Hauptregistratur im Hauptamt)

Liste 1: Stellenschaffungen mit Refinanzierung

Lfd.-Nr.:	Amt	Thema	Organisatorisch geprüfter Bedarf	Jahresaufwand (in Euro)	Aufgabentyp (P, S, F)	Anmerkung
A: Befristete Planstellen, die zur unbefristeten Verlängerung vorgesehen sind bzw. für die eine Verlängerung der Befristung vorgesehen ist (bereits budgetierte Planstellen).						
Dezernat 1						
1	ZJD	SB Umweltrech/ Kombilösung A12; befristet bis 31.12.2021	0,50	50.850	P, S	Aufgrund der Verzögerung des zugrunde liegenden Bauprojekts ist folgerichtig auch die umweltrechtliche Begleitung zu verlängern, da diese bis zur gesicherten Inbetriebnahme gewährleistet werden muss. Anstatt der bisherigen 0,8 VZW bis zum 31.05.2020 werden für den Restzeitraum bis 31.12.2021 nur noch 0,5 VZW benötigt.
			0,50	50.850		Teilergebnis Dezernat 1
Dezernat 2						
2	IT	IT-Support Schulen, E10	1,00	75.600	S	Das IT-Amt ist zuständig für den Support des Verwaltungsnetzes und übernimmt für 90 Schulen die Systemadministration, den Endgerätesupport und das Incident-Management (Umgang und Beheben von Störungen der IT). Die Erhöhung der Arbeitsplätze und Nutzer in den Schulen führt zu einem Mehraufwand. Zusätzlich kommen noch gesetzliche Änderungen hinzu. In allen Karlsruher Schulen gibt es über 400 Nutzer, die sich jährlich durch eine Fluktuation im 3-stelligen Bereich verändern. Aktuell liegen 233 Tickets der Schulen im Bereich IT-Support offen. Dies führt zu Beschwerden der Schulleitenden und gefährdet die ordnungsmäßige Aufrechterhaltung des Schulbetriebs. Seit September 2019 ist hierfür eine bis 28.02.2021 befristete Stelle eingerichtet, die dauerhaft geschaffen werden soll.
			1,00	75.600		Teilergebnis Dezernat 2
Dezernat 3						
3	SuS	IT-Administration, E10; befristet bis 30.04.2024	1,00	75.600	P	Die Stadt ist als Schulträger von insgesamt rund 90 Schulen zur Ausstattung dieser mit sächlichen Mitteln verpflichtet. In Anbetracht dessen sowie in Anbetracht, dass das IT-Amt lediglich für den Support des Verwaltungsnetzes zuständig ist und das SuS selbstständig das komplette pädagogische Netz (ohne Support, da Übernahme durch LMZ bzw. Fremdfirmen) zu betreuen hat, ist der Stellenbedarf erforderlich. Zudem ist die in den Bildungsplänen vorgesehene Medienbildung von sehr großer politischer Bedeutung und muss seitens der Stadt mit hoher Priorität beachtet bzw. weiter vorangetrieben werden. Im Rahmen des laufenden Projekts „IT-moderne Schule“ fallen sehr viele operative Aufgaben an (z.B. Beschaffung/Austausch von Multimedialechnik und Endgeräten, Netzwerktechnik, Koordination Datenverkabelungen), die durch die/den Sachbearbeiter/in übernommen werden. Die Planstelle wurde vom Gemeinderat vorerst befristet für die Dauer von zwei Jahren bis 30.11.2020 eingerichtet und soll zunächst bis 30.04.2024 verlängert werden. Der dauerhafte Stellenbedarf wird vor Projektabschluss evaluiert.
4	SuS	Koordinierungsstelle Bildungsangebote für Neuzugewanderte, E13	1,00	89.300	F	Die Koordinierungsstelle wurde ab 01.12.2016 zunächst befristet für zwei Jahre, ab 01.12.2018 nochmals befristet für zwei weitere Jahre - analog des Zeitraums der 100%igen Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung - eingerichtet. Die Eingliederung Geflüchteter bzw. deren Bildungskoordination ist eine sehr vielfältige Daueraufgabe. Der inhaltliche Fokus der Stelle wurde um die Themen Bildungsgerechtigkeit und Elternarbeit erweitert.
			2,00	164.900		Teilergebnis Dezernat 3
Dezernat 4						
			0,00	0		Teilergebnis Dezernat 4
Dezernat 5						
5	GBA	Gärtner/in, E06	1,00	56.700	P	Da der Bedarf im Bezirk Baumpflege weiterhin fortbesteht, ist der über die bisherige Befristung von 2 Jahren bis zum 13.03.2020 hinaus gehenden Stellenmehrbedarf in Höhe von 1,0 VZW dauerhaft zu schaffen.
			1,00	56.700		Teilergebnis Dezernat 5

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschusssitzung am 24. April 2020
Liste 1

Stand: 27.03.2020

Dezernat 6					
6	HGW	Sanitärtechnik, E09B	2,00	140.000	P Im Stellenschaffungsverfahren 2017 wurden für das HGW 2,0 VZW für Aufgaben der Sanitärtechnik bewilligt. Die Stellen wurden zunächst auf 4 Jahre befristet, da seinerzeit der dauerhafte Aufwand noch nicht endgültig abzuschätzen war. Das HGW wurde gebeten, während der Stellenlaufzeit Fallzahlen und Bearbeitungszeiten zu ermitteln. Aufgrund der vorliegenden Daten ist der Bedarf dauerhaft gegeben.
7	StPIA	Projektsteuerung und Verfahrensbetreuung, Projektsteuerung, E13 (1,0 VZW), Verfahrensbetreuung E09B (1,0 VZW) Hinweis siehe auch Liste 2, Lfd.-Nr. 108	2,00	248.600	F Beim StPIA werden für die Projektsteuerung und Verfahrensbetreuung insgesamt Stellen im Umfang von 5,5 VZW benötigt. Davon sind bereits 1,0 VZW für die Projektsteuerung sowie 1,0 VZW für die Verfahrenbetreuung als befristete Planstellen vorhanden. Diese sollen entfristet werden, da der Bedarf dauerhaft besteht. Die restlichen 3,5 VZW sind auf Liste 2, Lfd.-Nr. 108.
			4,00	388.600	Teilergebnis Dezernat 6
			8,50	736.650	Gesamtergebnis Dezernat 1 - 6 Kategorie A

B: Neue Planstellen, ohne zusätzlichen Auswirkungen auf den Personalhaushalt (Stellen sind bereits über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet).						
Dezernat 1						
8	HA	Registrator/in, E05; befristet bis 2027	0,50	26.150	S	Auf Grundlage des Auftrages zur Einführung einer elektronischen Schriftgutverwaltung wurde 2008 eine überplanmäßige Stelle in der Hauptregistratur eingerichtet und besetzt, um die Vielzahl der Akten digitalisieren zu können. In Anbetracht des bisherigen Projektfortschrittes sowie aufgrund der Digitalisierung besteht ein dauerhafter Mehrbedarf von 0,5 VZW, sodass die bereits bestehende überplanmäßige Stelle in eine Planstelle umgewandelt werden soll. Die Stelle ist über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet.
			0,50	26.150		Teilergebnis Dezernat 1
Dezernat 2						
9	POA	SB Geschäftsprozessmanagement, A12	2,00	203.400	S	Seit 2015 sind 3,0 VZW an Projektstellen eingerichtet, davon sollen nun 2,0 VZW in Planstellen umgewandelt werden. Das Geschäftsprozessmanagement ist eng verzahnt mit dem IQ-Leitprojekt „Geschäftsprozesse – schlanke Prozesse mit digitaler Unterstützung“ und ein wichtiger Baustein des Wissensmanagements. Das Prozessmanagement ist ein wesentlicher Bestandteil für den Aufbau einer modernen, an digitalen Prozessen orientierten Verwaltung und leistet einen wichtigen Beitrag bei der Bewältigung der Anforderungen wie die steigende Personalfuktuation sowie den demografischen Wandel. Seit dem Jahr 2016 wurden bereits 149 Prozesse aufgenommen und optimiert (hiervon 2019 bisher 51 Prozesse). Die Nachfrage der Dienststellen steigt kontinuierlich. Darüber hinaus wurden bereits 76 dezentral Modellierende geschult. Die Stellen sind über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet.
10	OA	Bürgerangelegenheiten, SB Bürgerbüro, A8	2,01	149.745	P	Bereits 2015 wurden 0,5 VZW überplanmäßig eingerichtet aufgrund der Änderung des Bundesmeldegesetzes. Ebenfalls wurden 2015 1,51 VZW eingerichtet als LEA-Stellen. Die Anzahl der Flüchtlinge ist sinkend. Allerdings ist der rechnerische Bedarf an Stellen im Bürgerbüro weiterhin gegeben. Es hat sich in den zurückliegenden Jahren gezeigt, dass dieser Bedarf dauerhaft besteht aufgrund der hohen Anzahl an An- und Ummeldungen. Die Stellen sollen nun planmäßig gemacht werden. Die Stelle ist über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet.
			4,01	353.145		Teilergebnis Dezernat 2
Dezernat 3						
			0,00	0		Teilergebnis Dezernat 3
Dezernat 4						
			0,00	0		Teilergebnis Dezernat 4
Dezernat 5						
			0,00	0		Teilergebnis Dezernat 5
Dezernat 6						
11	HGW	Sanitär, SB Legionellen, E11	1,00	81.600	P	Ausgelöst durch eine Verschärfung der Trinkwasserverordnung wurde im HGW das Projekt „Umsetzung der Vorgaben durch die Trinkwasserverordnung“ durchgeführt. Im Projektverlauf wurden ein strukturiertes Prozedere und eine Datenbank aufgebaut. Gleichzeitig wurden Erfahrungswerte für die Zeitaufwände gesammelt. Danach werden für die dauerhafte Sachbearbeitung 1,0 VZW benötigt. Die seit 2013 eingerichtete überplanmäßige Stelle soll deshalb in eine Planstelle umgewandelt werden. Die Stelle ist über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet.
12	TBA	Bauingenieur/in Verkehrsplanung, E11	1,00	81.600	P	Eine bislang seit 2015 befristet eingerichtete überplanmäßige Stelle im Umfang von 1,0 VZW soll in eine Planstelle umgewandelt werden. Die Stelle ist dauerhaft notwendig, da u.a. Vorlagen ausgearbeiteter Planungsunterlagen in digitaler Form auch bei kleineren Projekten zu erstellen und intensivere Prüfungen im Rahmen des Planungsprozessen mit aufwendigeren Abstimmungsprozesse notwendig sind. Zudem sind Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes gestiegen und Sonder- und Großprojekte nehmen zu. Die Stelle ist über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet.

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschusssitzung am 24. April 2020
Liste 1

Stand: 27.03.2020

13	TBA	Bauingenieur/in, E11	1,00	81.600	P	Aufgrund einer deutlichen Zunahme des Arbeitsaufkommens ist die Umwandlung einer seit 2014 im Sachgebiet Verkehrslenkung befristet eingerichteten überplanmäßigen Ingenieurstelle in eine Planstelle erforderlich. Ein seit Jahren kontinuierlich steigender Bedarf an planerischen Leistungen besteht insbesondere in den Aufgabenbereichen Passive Schutzeinrichtungen (Schutzplanken; Übergang von Zuständigkeiten auf die Stadt), Übernahme der Detailplanungen für Schutzeinrichtungen bei Baumaßnahmen, Planungen und Erstellung von Planunterlagen bei Veranstaltungen der Kategorie 1 (gesamstädtisches Interesse) mit steigendem Aufwand (sicherheitstechnische Aspekte), Raumschutzmaßnahmen (Pollersysteme), planerische Erstellung und regelmäßige Anpassung von Verkehrskonzepten. Die Stelle ist über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet.
14	TBA	Verkehrslenkung/ Technische SB, E09A	1,00	66.800	P	Die Umwandlung einer bislang im Sachgebiet Verkehrslenkung seit 2014 eingerichteten befristeten überplanmäßigen Stelle für technische Sachbearbeitung in eine Planstelle ist erforderlich. Anhand der Betriebsdatenerfassung wurden Mehrbedarfe u.a. für die folgende Aufgabenbereiche Erstellung Baustellenverzeichnispläne für alle Baustellen des TBA, Absperrpläne für Veranstaltungen, Erstellen von Verkehrszeichenplänen für die Einrichtung von Verkehrsversuchen, Unterstützung städtischer Dienststellen (z.B. Verkehrszeichenpläne für Baumfällarbeiten ermittelt. Die Stelle ist über die Ansätze des Doppelhaushaltes der Vorjahre miteingerechnet.
			4,00	311.600		Teilergebnis Dezernat 6
			8,51	690.895		Gesamtergebnis Dezernat 1 - 6 Kategorie B

C: Neue Planstellen, die refinanziert sind. Die Mittel werden als Ertrag dem Personalhaushalt entgegengerechnet.						
Dezernat 1						
15	HA	SB Gesamtstädtischer Einkauf, A12	1,00	101.700	F	Im Anschluss an das Projekt „Gesamtstädtischer Einkauf/Beschaffungsmanagement“, das mit ersten Ausschreibungen von Rahmenverträgen und Überlegungen einer stadtweit einheitlichen Bestellplattform endete, setzte sich nahtlos das Projekt „Digitales Kaufhaus“ an. In der Fortsetzung konnten die Rahmenverträge um ca.10 Stück ausgeweitet werden. Die Ausschreibung zur Vergabe einer Bestellplattform steht kurz vor dem Start. Die Umwandlung der seit Februar 2019 eingerichteten überplanmäßigen Stelle in eine Planstelle ergibt sich, da Aufgaben wie die Einrichtung der neuen Bestellplattform, die Bestückung mit Artikel aus den gültigen Rahmenverträgen, Initiierung weiterer Rahmenverträge und die Betreuung der Nutzerdienststellen dauerhaft anfallen. Durch die sukzessiv abgeschlossenen Rahmenveträge für verschiedene Warengruppen konnten seit Einrichtung des gesamtstädtischen Einkaufs insgesamt Ersparnisse von rund 2,2 Mio. Euro erzielt werden. Durch diese Einsparungen ist die Stelle refinanziert.
16	HA	Zentrale Vergabestelle, A11	1,00	93.000	F	Die Schaffung einer weiteren Stelle im Bereich der zentralen Vergabestelle ist notwendig, um die Anzahl der Vergabeverfahren betreuen zu können. Im Jahr 2019 wurden Einsparungen von rund 3 Mio. Euro erzielt. Von einer weiterhin positiven Entwicklung ist auszugehen. Die Stelle ist finanziert aufgrund dieser Einsparungen.
17	StA Durl	Eingliederungshilfe Minderjährige, Sozialpädagoge/in, A11 Hinweis auch bei der SJB gibt es zu diesem Thema Stellenschaffungen (siehe Liste 1, Lfd.-Nr.22)	0,70	65.100	P	Die Fallzahlen im Bereich ambulante Eingliederungshilfe (U 18) nach SGB XII steigen weiter an, hinzu kommen die Neuregelungen des BTHG - der zeitliche Aufwand ist derzeit nicht absehbar. Auf Grundlage des Berechnungsschemas der SJB ergibt sich ein Stellenmehrbedarf von 0,70 VZW. Eine Finanzierung erfolgt durch das Land BW.
			2,70	259.800		Teilergebnis Dezernat 1
Dezernat 2						
18	POA	SB Gehaltsabrechnung für Gesellschaften, A09m	1,00	83.000	P,S	Aufgrund gestiegener Fallzahlen, aufwändiger gewordener Bearbeitungen und gestiegener Zahl von Maßnahmen (z.B. Eintritte, Austritte, Arbeitszeitänderungen, Bezahlwechsel) je Abrechnungsfall besteht ein Bedarf von 1,0 VZW bei der Gehaltsabrechnung für die Gesellschaften. Die Stelle ist finanziert durch die Einnahmen von den Gesellschaften.
19	POA	Arbeitsmedizinische Fachangestellte/r, E07 Hinweis siehe auch Liste 2, Lfd.-Nr.29	1,00	58.800	P	Im Frühjahr/Sommer 2019 wurde eine Untersuchung des Ärztlichen Dienstes durchgeführt. Die Bemessung des Stellenbedarfes für Assistenzkräfte erfolgte auf Basis der für einen ordnungsgemäßen Betrieb notwendigerweise zu besetzenden Funktionen. Im Ergebnis ergab sich ein Stellenbedarf von 7,07 VZW. Abzüglich der vorhandenen 4,5 VZW errechnete sich ein Mehrbedarf in Höhe von 2,57 VZW, sodass die Schaffung von 2,5 VZW notwendig ist. Davon sind 1,0 VZW notwendig für die Betreuung der Gesellschaften. Diese sind durch die Einnahmen von den Gesellschaften finanziert. Die restlichen 1,5 VZW sind auf Liste 2, Lfd.-Nr.29.
			2,00	141.800		Teilergebnis Dezernat 2

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschusssitzung am 24. April 2020
Liste 1

Stand: 27.03.2020

Dezernat 3					
20	SJB	Allgemeiner Sozialer Dienst, S14; Hinweis die Stellenschaffung steht im Zusammenhang mit den Stellen für das Ausländeramt beim OA (siehe Liste 2, Lfd.-Nr.43)	1,00	66.500	P Aufgrund neuer Vorgaben durch das Land BW im Verfahren der Altersschätzung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern hat sich der zeitliche Aufwand für die betroffenen Kommunen deutlich erhöht. Das neue Verfahren, welches Auswirkungen beim Allgemeinen Sozialen Dienst und beim Ausländeramt hat und welches neben der Altersschätzung auch eine medizinische Altersfeststellung in Heidelberg vorsieht, wird bereits in Karlsruhe als Pilotbehörde umgesetzt. Auf der Basis eines prozessorientierten Berechnungsmodells in Abstimmung mit der Ausländerbehörde und den Erfahrungen aus der Pilotphase sowie den aktuellen Fallzahlen besteht derzeit ein Personalmehrbedarf von mindestens 1,0 VZW. Das Land BW hat den Kommunen bereits zugesichert, dass aufgrund der Verfahrensänderung der Mehraufwand erstattet wird. Die Finanzierung des tatsächlichen Aufwandes wird im Nachgang über das Land BW (Sozialministerium) erfolgen.
21	SJB	Förderung freier Träger, Abteilungsleitung A13h (1,0 VZW), Teamentwicklung A12 (0,3 VZW), SB A9m (1,0 VZW)	2,30	226.010	P, S Der Stellenmehrbedarf besteht aufgrund der Neustrukturierung des neuen Fachbereichs und der damit verbundenen Zusammenführung von drei Teams, die bisher in anderen Bereichen verortet waren. Zudem kommt es durch die vom Gemeinderat (GR) beschlossene neue Aufgabe "Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe" (Gebührenfreie Kitas) zu einem erheblichen Aufgabenzuwachs und in der Umsetzung zu erheblichen Fallzahlensteigerungen insbesondere im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfeförderung. Ab 2020 stehen über den GR-Beschluss vom 14.05.2019 insgesamt 250.000 Euro zur Verfügung. Die Stellen sind somit finanziert.
22	SJB	SB Hilfeplanung Eingliederungshilfe, S12 Hinweis auch beim Stadamt Durlach gibt es zu diesem Thema Stellenschaffungen (siehe Liste 1, Lfd.-Nr.17)	2,00	138.200	P Im Bereich der Hilfeplanung kommt es aufgrund neuer verpflichtender rechtlicher Vorgaben zu einem weiteren Mehrbedarf von 2,0 VZW. Er basiert auf einer qualifizierten Personalmehrbedarfsschätzung aus der landesweiten Arbeitsgruppe "Personalbedarf BTHG". Eine Finanzierung erfolgt durch das Land BW.
23	SJB	SB Zentrale Entgeltstelle, A13g	1,00	115.000	P Durch das Zusammenführen der Verhandlungskompetenz von Jugend- und Sozialhilferecht auf einer zentralen Stelle ist es möglich, die Qualität sicherzustellen und einheitliche Standards zu entwickeln, durch die eine bessere Steuerbarkeit und wirtschaftliche Verhandlungsergebnisse erzielt werden. Da im Rahmen der Reform des BTHG ab 01. Januar 2020 alle Leistungen der Eingliederungshilfe neu verhandelt werden müssen, kommt es in diesem Bereich zu einem erheblichen Aufgabenzuwachs. Um bereits bei den Neuverhandlungen eine zentrale Steuerung, mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit und die Qualität der Entgeltverhandlungen zu erreichen, reichen die vorhandenen Stellenanteile in den einzelnen Fachbereichen nicht aus. Deshalb ist die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle erforderlich. Ab März 2020 wird hierfür eine überplanmäßige Stelle zur Verfügung gestellt, die in eine Planstelle umgewandelt werden soll. Eine Finanzierung erfolgt durch das Land BW.
			6,30	545.710	Teilergebnis Dezernat 3

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschusssitzung am 24. April 2020
Liste 1

Stand: 27.03.2020

Dezernat 4					
24	StK	SB Beteiligungsmanagement, A13g	1,00	115.000	F Seit 2014 ist die Anzahl der Nachlässe signifikant gestiegen. Von 2014 bis 2018 sind Erbschaften mit einer Summe von 7,7 Mio. Euro eingegangen. Aktuelle Kampagnen und die immer älter werdende Gesellschaft sowie die zunehmende Individualisierung werden diese Entwicklung zusätzlich verstärken. Das Fundraising (Projektauftrag des OB 2016) hat hier eine bedeutende Rolle. Die Aufgabe soll dauerhaft umgesetzt werden. Die Stelle ist durch die Einnahmen aus Nachlässen (ca. 1,5 Mio. Euro) refinanziert.
25	StK	SB Forderungsmanagement, A10	2,00	163.600	P Im Bereich des Forderungsmanagements besteht ein Mehrbedarf aufgrund eines Aufgabenzuwachses. Dieser ist bedingt u.a. durch die Einführung des SEPA-Basislastschriftmandates 2013, dem zentralen Geschäftspartnermanagement, die Buchhaltung und Beitreibung von Kita- und Hortentgelten oder Mietforderungen der obdachlosenrechtlichen Unterkunft. Zusätzlich ist ein erheblicher Anstieg von Betreuungsvorgängen aufgrund der vermehrten Einspielungen der städtischen Dienststellen festzustellen. Die Fallzahlen haben sich zudem in allen Bereichen erhöht (seit 2014 plus 46 % Erstattungen, plus 5 % Mahnungen, plus 17 % Vollstreckungsankündigungen, plus 27 % Vollstreckungen).
26	Wifö	SB Technologietransfermanagement, A12; befristet bis 31.01.2022 bzw. bei Verlängerung der Förderung bis zu deren Ende	0,50	50.850	F Für das Technologietransfermanagement werden über das Wirtschaftsministerium des Landes BW bis zum 31.01.2022 EFRE-Mittel (Europäische Fonds für regionale Entwicklung) bereitgestellt. Die Einrichtung der Stelle kann für die Zeitdauer der zugesagten Finanzierung erfolgen. Sollten die Finanzmittel über das bislang gesetzte Enddatum 31.01.2022 hinaus verlängert werden, kann auch die Befristung entsprechend angepasst werden.
			3,50	329.450	Teilergebnis Dezernat 4

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschusssitzung am 24. April 2020
Liste 1

Stand: 27.03.2020

Dezernat 5					
27	AfA	SB Kleidermagazin, E05 Hinweis siehe auch Liste 2, Lfd.-Nr. 96	0,35	18.305	P Im Kleidermagazin ist eine Funktion in Vollzeit (Öffnungszeiten und Arbeiten im rückwärtigen Bereich) erforderlich. Eine Planstelle im Umfang von 1,0 VZW ist bereits eingerichtet. Um diese benötigte Funktion abdecken zu können, müssen die Ausfallzeiten durch Urlaub und Krankheit berücksichtigt werden. Im Ergebnis ergibt sich ein Stellenmehrbedarf in Höhe von 0,5 VZW. Die Finanzierung ist zu 70 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet, d.h. 0,35 VZW sind finanziert, weitere 0,15 VZW sind auf Liste 2, Lfd.-Nr. 96.
28	AfA	Assistenz stv. Amtsleitung/SB Lohnbüro, E08 Hinweis siehe auch Liste 2, Lfd.-Nr. 97	0,35	20.650	S Zur Unterstützung der Abteilungsleitung und des Lohnbüros war dem AfA eine bis zum 18. September 2019 befristete überplanmäßige Stelle im Umfang von 1,0 VZW zur Verfügung gestellt worden. Im Gegensatz zu anderen Abteilungen des AfA verfügt die Abteilung Personal, Organisation und Zentrale Services bislang nicht über eine entsprechende Planstelle für Assistenz-/Unterstützungsfunktionen. Es ergibt sich ein dauerhafter Bedarf von 0,5 VZW. Die Finanzierung ist zu 70 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet, d.h. 0,35 VZW sind finanziert, weitere 0,15 VZW sind auf Liste 2, Lfd.-Nr. 97.
29	AfA	SB Personal, A11 Hinweis siehe auch Liste 2, Lfd.-Nr. 98	1,40	130.200	S Für den Aufgabenbereich Personalsachbearbeitung sind beim AfA 2,0 VZW Planstellen eingerichtet. Darüber hinaus ist der Dienststelle zur Personalverstärkung eine weitere überplanmäßige Stelle im Umfang von 1,0 VZW eingerichtet. Auf Basis der Kennzahlen ergibt sich ein dauerhafter Stellenmehrbedarf von ca. 2,0 VZW. Die Finanzierung ist zu 70 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet, d.h. 1,4 VZW sind finanziert, weitere 0,6 VZW sind auf Liste 2, Lfd.-Nr. 98.
30	AfA	SB Abfallumschlag/ Biologische Anlagen E08 (0,5 VZW), SB Wertstoffe/Schadstoffe E08 (0,5 VZW)	1,00	59.000	P Der Sachgebietsleitung sind lediglich gewerbliche Mitarbeitende unterstellt. Für die administrativen Aufgaben stehen keine Unterstützungskräfte zur Verfügung. Aufgrund verschiedener Entwicklungen (u.a. Verschärfung gesetzlicher Regelungen, komplexere Verfahren bei Ausschreibungen) ist die Arbeitsbelastung signifikant angestiegen, sodass die Sachgebietsleitung verschiedenen Aufgaben, insbesondere der Wahrnehmung planerischer Tätigkeiten, ohne Unterstützung nicht mehr in erforderlichem Maß nachkommen kann. Hierfür sind insgesamt 1,0 VZW erforderlich. Die Finanzierung ist zu 100 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet.
31	AfA	Straßenreiniger/in E02 (2,0 VZW), Krafffahrer/in E06 (2,0 VZW)	4,00	205.800	P Die Ingenieurbauwerke werden derzeit nur maschinell gereinigt. Bereiche, die nur manuell gereinigt werden können, bleiben bislang unberücksichtigt. Infolgedessen kommt es zu einer Behinderung der Oberflächenentwässerung durch verstopfte Ablaufrinnen. Das stehende Wasser wird im Winter mit Streusalz durchsetzt. Die darin enthaltenen Chloride führen zu verstärkter Korrosion an Stahlbeton sowie anderer Stahlteile an den Bauwerken. Zusätzlich führt Wurzeleinwuchs zu Undichtigkeiten. In der Folge kommt es zu einer kürzeren Lebensdauer der Bauten. Im Rahmen der regelmäßigen Bauwerksüberprüfungen werden somit Schäden nicht erkannt, sodass notwendige Unterhaltungsarbeiten nicht eingeleitet und Sanierungsmaßnahmen früher ergriffen werden müssen. Diese gestalten sich zunehmend aufwändiger. Die Einrichtung eines zusätzlichen Reinigungstrupps ist daher notwendig. Die Stellen sind finanziert, da 70 % der Arbeitsleistung des neuen Reinigungstrupps auf den Bereich Land/Bund entfallen und in diesem Umfang die Kosten in voller Höhe vom Land/Bund übernommen werden und die restlichen 30 % durch einen verminderten Renovierungsaufwand an den Bauwerken und damit Einsparungen entstehen.
32	AfA	Mobilitätsmanagement, E10 Hinweis siehe auch Liste 2, Lfd.-Nr. 99	0,25	20.400	S Zur strategischen und konzeptionellen Entwicklung der städtischen Mobilität ist eine zusätzliche Planstelle im Sachgebiet Fuhrparkmanagement des AfA erforderlich. Insbesondere geht es um die Weiterentwicklung des bestehenden Mobilitätskonzeptes der Stadt unter dem Fokus einer klimaneutralen Stadtverwaltung (Mobilitätswandel). Die Finanzierung ist zu 25 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet. D.h. 0,25 VZW sind finanziert, weitere 0,75 VZW sind auf Liste 2, Lfd.-Nr. 99
			7,35	454.355	Teilergebnis Dezernat 5

Liste 2: Priorisierte Liste der Verwaltungsführung

Lfd.-Nr.:	Am	Thema	Organisatorisch geprüfter Bedarf	Jahresaufwand (in Euro)	Teil-finanziert (in Euro)	Auf-gabetyp (P, S, F)	Priorisierung durch Verw. führung	Priorisierter Bedarf	Priorisierter Jahres-aufwand (in Euro)	Anmerkung
Dezernat 1										
1	SAM	Koordinator/in Grenzüberschreitende und Regionale Zusammenarbeit, stellv. Leitung Stabsstelle, A14	0,50	62.150		F		0,25	31.075	Die politische Einflussnahme auf grenzüberschreitende und regionale Entwicklungen ist von hoher Bedeutung. Seit Einrichten der Koordinatorinstelle mit 0,5 VZW hat sich das Aufgabenfeld deutlich geändert und ist wesentlich umfangreicher geworden. Neue Inhalte wie z.B. die TRK GmbH, Frankreich-Konzeption des Landes BW und die Stellvertretung der Stabsstellenleitung sind dazu gekommen. Das Aufgabenportfolio ist mit den aktuellen 0,5 VZW nicht zu bewerkstelligen.
2	SAM	Geschäftsführung Initiative "Magistrale für Europa", E13	0,22	19.646	14.734,50	F		0,22	19.646	Es handelt sich um die Umwandlung von bereits seit März 2019 überplanmäßig bereitgestellten 0,22 VZW zur Aufstockung auf eine Vollzeitstelle. Planmäßig sind lediglich 0,78 VZW vorhanden. Durch die Initiative "Magistrale für Europa", eine europäische Interessengemeinschaft von Städten, Regionen und Industrie- und Wirtschaftskammern, deren Ziel es ist, entlang der Bahnverbindung Paris-Kallsruhe-Wien-Bratislava-Bukarest Personen- und Güterverkehre attraktiv auf die Schiene zu verlagern, sind 75 % der Stelle fremdfinanziert. Das Aufgabenportfolio ist gefestigt und der Einsatz unverzichtbar.
3	SAM	Querschnittsassistenten-kraft, E08	0,50	29.500		F		0,50	29.500	Im Bereich Assistenz/unterstützende Sachbearbeitung sind jew. 1,0 VZW den Bereichen "Interne Dienste/Magistrale für Europa" und "Europa/Internationales" zugeordnet. Insbesondere zur Entlastung von operativen Aufgaben des dritten Bereichs "Grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit" ist eine weitere Assistentenkraft notwendig. Aktuell werden dort diese Tätigkeiten zu einem großen Zeiteanteil von den dort eingesetzten Mitarbeitenden des höheren Dienstes miterledigt. Dies geht zu Lasten ihrer originären fachlichen, konzeptionellen und politisch-strategischen Aufgabenerfüllung. Es ist geplant, die Assistentenkräfte zukünftig zu einem Pool zusammenzufassen, der für die gesamte Stabsstelle zur Verfügung steht. Es ist ein Bedarf von weiteren 0,5 VZW notwendig. Dieser soll nach zwei Jahren evaluiert werden.
4	VME	SB LFZ-Klimacheck, E12	0,30	27.030		S		0,30	27.030	Seit Oktober 2018 werden die Aufgaben zum LFZ-Klimacheck mit 0,6 VZW bzw. seit Januar 2019 mit 0,8 VZW ausgeübt. Die Stellenaufstockung um insgesamt 0,3 VZW wurde bislang VME-intern durch Stellensperrvermerke finanziert. Diese entfallen sukzessive bzw. sobald die temporären Arbeitszeitreduzierungen der betreffenden Mitarbeitenden enden. Die regelmäßigen Befragungen (18-24 monatiger Turnus) lassen auf einen dauerhaften Bedarf schließen. Zur ordnungsgemäßen Durchführung des LFZ-Klimachecks ist die dauerhafte Schaffung von 0,3 VZW notwendig.
5	VME	SB Implementierung und Umsetzung IQ-Arbeitsweise, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Die Einführung und kontinuierliche Begleitung agiler Arbeitsmethoden sind ein wesentliches Element der Verwaltungsmodernisierung. Expertise und Unterstützung sind dauerhaft notwendig, um in den IQ-Projekten innovativ und quervernetzt agieren zu können. Die Stelle ist seit Januar 2019 überplanmäßig eingerichtet.
6	HA	SB Zentrale Servicedienste, A09m	1,00	83.000		P, S	Einrichtung einer Projekt-stelle			Im Sachgebiet Zentrale Servicedienste besteht ein Mehrbedarf von 1,0 VZW aufgrund der Zunahme von Verträgen zur Speiseresteentsorgung, Speisefettentsorgung und allgemeinen Wartungsverträgen. Zudem ergeben sich Aufgaben und Serviceleistungen durch die vollumfängliche Verantwortung des Kantinenbetriebs nach deren Wiedereröffnung sowie die Organisation und Durchführung von zunehmenden Veranstaltungen an Abendstunden.
7	PIA	SB Zentrale Webredaktion der städtischen Homepage, E11	1,34	109.344		S		1,00	81.600	Im Rahmen des aktuell stattfindenden Relaunch des städtischen Internetauftritts fand durch die Firma CITY&Bites GmbH eine Begutachtung darüber statt, wie die Stadt mit ihrer Homepage karlsruhe.de qualitativ und organisatorisch, auch im Quervergleich zu vergleichbaren Städten, aufgestellt ist. Das PIA war in der Zentralen Online-Redaktion mit 1,66 VZW besetzt. Die Firma CITY&Bites kam zu dem Ergebnis, dass ein Mehrbedarf von 3,34 VZW besteht. Im Stellenschaffungsverfahren 2019 wurden bereits 2,0 VZW genehmigt. Um das Aufgabenportfolio vollumfänglich erfüllen zu können, ist es notwendig die noch ausstehenden 1,34 VZW zu schaffen.

8	PIA	SB Intranet/Interne Kommunikation, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Im Rahmen des IQ-Korridortheemas „Moderne Verwaltung“ wurde zum Aufbau, der Organisation und Betreuung des neuen Intranets eine IQ-Projektstelle genehmigt. Im Laufe des Projektfortschrittes stellte sich heraus, dass mit dem Übergang vom Aufbau des Intranets in den dauerhaften Betrieb sich daraus eine Daueraufgabe ergibt. Zwischen dem IT-Amt und dem PIA besteht ein Einvernehmen zur klaren Aufgabenabgrenzung in inhaltliche und technische Zuständigkeit. Die inhaltlich-redaktionelle Arbeit wird künftig Aufgabe des PIA.
9	PIA	Verwaltung/ Büroorganisation, E09A	1,50	100.200		S		1,50	100.200	Auslöser einer Organisationsuntersuchung im Bereich der Büroorganisation war ein Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes. Aufgrund von Fallzahlensteigerungen seit 2003 u.a. für Annoncen, für die IT-Beauftragung, Beschaffung sowie von Assistenz Tätigkeiten bedarf es 1,5 VZW. Im Rahmen der Untersuchung wurden auch Gespräche und Verhandlungen geführt. Durch eine neue Preisgestaltung für das zukünftige Layout der Stellenanzeigen kommt es zu Minderausgaben von jährlich ca. 178.000 Euro.
10	OV Neu	Mensakraft Schulzentrum Neureut, E03	0,40	19.920		S		0,40	19.920	In der Mensa sind nicht nur die Essenszahlen sondern durch den Umbau auch der Reinigungsaufwand gestiegen. Die Mensakräfte müssen neben den größeren Oberflächen aus Edelstahl und den Innenflächen der Geräte auch den mit Abflüssen ausgestatteten Fußboden und Tische nach einem festgelegten Hygieneplan täglich reinigen, sodass sich ein Mehrbedarf von 0,4 VZW ergibt.
11	OV Stupferich	Bauhof, E05	0,60	31.380		S		0,60	31.380	Der Ortsteil Stupferich ist am Wachsen, was sich durch das Neubaugebiet An der Klam/Illwig und das neue Gewerbegebiet zeigt. Hierdurch wächst die Anzahl der Einwohner und somit auch die Aufgaben im gewerblich-manuellen Bereich. So wurden im Neubaugebiet 20 neue Bäume gesetzt, diese müssen wie die dortigen öffentlichen Flächen regelmäßig unterhalten werden. Ein weiterer Aufgabenzuwachs ist durch die Spielplatzkontrolle zu verzeichnen und den Pflegeaufwand neuer Grabflächen. In diesem Bereich ist seit 2019 überplanmäßiges Personal mit 0,6 VZW eingesetzt. Die Stelle soll als Planstelle geschaffen werden.
12	OV Grö	SB Verwaltung/Info-Stelle, E07	0,30	17.640		F		0,30	17.640	Bei der Ortsverwaltung Grötzingen wird eine Infotheke neu eingerichtet. Die Infotheke hat das Ziel, Aufgaben zu bündeln und Abläufe zu optimieren. Aufgaben wie Post- und Telefonzentrale, Ausgabe z.B. von Hundetüten, Schnakentabletten, Vordrucke (Gewerbe, Meldewesen, Waffenschein, Soziales), Verkauf von Broschüren/Büchern/Kartenmaterial der Stadtverwaltung, Ausgabe KVV Karten, Landesfamilienpass, Fundbüro, Schlüsselverwaltung OV Grötzingen, Materialausgabe OV Grötzingen, Einsichtsstelle für Baugesuche sollen dabei übernommen werden. Eine überplanmäßige Stelle wurde im Vorgriff zum Stellenschaffungsverfahren eingerichtet.
13	OV Grö	Bauhofleitung, E09A	1,00	66.800		S		1,00	66.800	Bei der Ortsverwaltung Grötzingen wurde der Bereich Bauverwaltung untersucht. Dabei wurde ein Bedarf von 1,0 VZW für die Bauhofsleitung ermittelt.
14	StA Durl	SB Bürgerbüro, A08	0,80	59.600		P		0,80	59.600	Aufgrund der hohen Nachfrage wurde in einem mitarbeiterbezogenen Prozess das Bürgerbüro neukonzipiert. Durch die Neustrukturierung mit sieben Arbeitsplätzen (zwei für Internet-Terminbuchungen, drei Schalter für die vorsprechende Laufkundschaft, eine Fachinformation und ein Schnellschalter) sollen effizientere Abläufe stattfinden und die Kundenzufriedenheit erhöht werden. Im Konzept enthalten ist auch die neue Stelle "Dokumentenprüfer/in". Über eine Fachinformation sollen die Kundenströme zukünftig gelenkt werden, für Produkte mit einer Bearbeitungszeit unter 10 Minuten soll ein Schnellschalter eingerichtet werden. Um diesen Service anbieten und insbesondere die Öffnungszeiten/Woche von 23 Std. abdecken zu können, sind weitere 0,8 VZW notwendig.
15	StA Durl	SB Standesamt, A10	1,00	81.800		P	Überplanmäßige Stelle verlängern	0,00	0	In den letzten 10 Jahren haben sich die Eheschließungen im Standesamtsbezirk Durlach verdoppelt (2008: 284 Trauungen, 2018: 565 Trauungen), sodass sich ein Personalmehrbedarf von 1,0 VZW ergibt. Seit September 2018 ist eine überplanmäßige Stelle eingerichtet, die in eine Planstelle umgewandelt werden soll.
16	StA Durl	Bezirksozialarbeit, S14	0,70	46.550		P		0,70	46.550	Aufgrund von dauerhaft gestiegenen Fallzahlen ergibt sich beim Stadtamt Durlach ein Bedarf von insgesamt 10,62 VZW für Bezirksozialarbeit. Die vorhandenen 9,95 VZW müssten somit um 0,67 VZW (aufgerundet 0,70 VZW) aufgestockt werden. Eine seit 2019 vorhandene überplanmäßige Stelle soll umgewandelt werden.

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschussitzung am 24. April 2020
Liste 2

Stand: 27.03.2020

17	StA Durl	SB ambulanter Leistungsbereich SGB XII - Grundsicherung/BTHG, A10 Hinweis auch bei der SJB gibt es zu diesem Thema Stellenschaffungen (siehe Liste 2, Lfd.-Nr. 58)	0,50	40.900		P		0,50	40.900	Durch die Umsetzung des BTHG (Bundesteilhabegesetz) müssen zukünftig die Fachleistungen (Eingliederungshilfe) und die existenzsichernden Leistungen (Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt) getrennt werden. Dies hat zur Folge, dass Menschen mit Behinderung, die bisher noch Komplexeleistungen erhalten haben, zukünftig aus unterschiedlichen Systemen finanziert werden müssen, was zu einer Trennung der bisherigen Fälle und damit zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Sachbearbeitung führt. Das Stadtamt Durlach muss insgesamt etwa 95 Fälle übernehmen. Auf der Basis des vorhandenen Fallzahlenschlüssels besteht ein Personalmehrbedarf von 0,50 VZW. Die Berechnung wurde analog der Berechnung bei der SJB angewandt.
18	StA Durl	Assistenz Hauptverwaltung, E07	0,50	29.400		S	Überplanmäßige Stelle verlängern	0,00	0	Die vorhandene Assistenzkraft mit 1,0 VZW kann die wöchentliche Öffnungszeit des Sekretariats von 45 Stunden (täglich von 8 - 17 Uhr) nicht komplett abdecken. Ebenso muss für die Vertretung des Sekretariats Personal eingesetzt werden. Darüber hinaus sind für die fachlichen und organisatorischen Tätigkeiten des Leiters der Hauptverwaltung (u.a. Disponent für das Ticket-System der Hausmeister) personelle Ressourcen im Assistenzbereich erforderlich. Zusätzlich sind Unterstützungstätigkeiten im Bereich Personal denkbar. Im städtischen Quervergleich ergibt sich somit ein Bedarf von 0,5 VZW.
19	StA Durl	SB Friedhofsverwaltung, A08	0,40	29.800		P		0,40	29.800	Auf Grundlage der Anzahl der Grabstätten (6.331), der Einwohnerzahl sowie dem zu berücksichtigende Anteil für Leitungsaufgaben ergibt sich insgesamt ein Bedarf von 0,9 VZW für die Friedhofsverwaltung. Aktuell sind 0,50 VZW vorhanden, weitere 0,40 VZW werden benötigt.
20	StA Durl	Bauunterhaltung, Architekt/in, E11	0,50	40.800		P	Weitere 0,5 VZW als Projektstelle schaffen	0,50	40.800	Das Stadtamt Durlach ist für die laufende Bauunterhaltung der ca. 100 öffentlichen Objekte/Liegenschaften und Bauprojekten sowie für die komplette Abwicklung von Großprojekten (z.B. Brandschutz Karlsburg) zuständig. Zudem begleitet es die Sanierungsgebiete Schlachthof, Durlach-Aue und die Bergdörfer. Neu hinzu kommen Grötzingen und Durlach-Stadteingang. Des Weiteren wird zukünftig auch im Rahmen der Erhaltungssatzung für Denkmal- und Erhaltungswürdige Gebäude eine gutachterliche Begleitung mitausgeführt. Für diesen Mehraufwand ist ein zusätzlicher Bedarf von 0,5 VZW erforderlich.
21	ZJD	Vermessungsingenieur/in, Sachverständige/r für Grundstücks- und Gebäudebewertungen, E11	1,00	81.600		P		1,00	81.600	Die Neuregelung der Grundsteuer, die ab 1. Januar 2020 in Kraft tritt, erfordert eine Neuermittlung der Bodenrichtwerte aller ca. 77.000 Grundstücke in 774 Bodenrichtwertzonen im Stadtgebiet bis zum 1. Januar 2022. Diese Daten werden in einem Zyklus von jeweils 5 Jahren fortgeschoben. Insbesondere das vorgesehene Lagerverfahren macht die dauerhafte Einrichtung der Stelle erforderlich.
22	ZJD	Volljurist/in zur Betreuung öffentlicher Einrichtungen, A15	0,50	69.450		P,S		0,50	69.450	Die juristische Beratung des AfA wird auch nach Umwandlung in einen Eigenbetrieb vom ZJD wahrgenommen werden. Hierfür ist dauerhaft ein Personalbedarf in Höhe von 0,5 VZW erforderlich.
								12,47	956.691,00	Teilergebnis Dezernat 1 (priorisierte Stellen)
			15,56	1.209.710	14.734,50					Teilergebnis Dezernat 1

Dezernat 2										
23	POA	SB Wissensmanagement, E11	2,20	179.520		S		1,00	81.600	Seit März 2016 ist eine Planstelle im Umfang von 0,8 VZW eingerichtet. Steigende Fluktuationszahlen und insbesondere der demografische Wandel stellen Herausforderungen dar, zu deren Bewältigung das Wissensmanagement von zentraler Bedeutung ist. In den nächsten 10 Jahren werden 2.000 Mitarbeitende die Stadtverwaltung altershalber verlassen. Bei etwa 45% hiervon handelt es sich um Führungskräfte aller Ebenen. Die Angebote des Wissensmanagements stoßen auf großes Interesse und lösen entsprechende Nachfragen bei den Dienststellen aus. Die Anfragen können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Stellenkapazität nur zum Teil bedient werden. Mit der Einrichtung der zusätzlichen Planstellen sollen vordringlich dringend notwendige Wissenssicherungsprojekte durchgeführt werden.
24	POA	SB Personalentwicklung, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Aufgrund neuer Herausforderungen, die auf die Stadtverwaltung zukommen (u.a. Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Nachqualifizierung von Quereinsteigenden, Zunahme der Personalfluktuations) müssen die bestehenden Weiterqualifizierungsangebote überarbeitet, angepasst und erweitert werden, um auch künftig neue Mitarbeitende zu gewinnen, langfristig zu binden und zielgerichtet qualifizieren zu können. Neben der erforderlichen Neukonzeption ist ein dauerhafter Stellenbedarf für die Umsetzung der Konzeption sowie Betreuung der Weiterqualifizierungsangebote und Beratung der Mitarbeitenden gegeben.
25	POA	SB Betriebspädagogik, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Aufgrund neuer Herausforderungen (u.a. demografischer Wandel und Zunahme der Personalfluktuations) müssen die bestehenden Aufgabenfelder der Personalentwicklung (z.B. Umsetzung des neuen Weiterqualifizierungskonzeptes) weiterentwickelt werden. Insbesondere stehen im Fokus die Handlungsfelder Digitalisierung der Personalentwicklung (z.B. Webinare, Online-Tools, Micro-Lerneinheiten) sowie Onboarding (zunehmende Fluktuation bzw. demografischer Wandel bedingt, dass deutlich mehr Mitarbeitende in immer kürzeren Abständen einzulernen sind).
26	POA	SB Ausbildungsmanagement, A12	1,50	152.550		S, F		1,00	101.700	Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens 2019 wurden für den Ausbildungsbereich 1,0 VZW geschaffen. Weitere 1,5 VZW sind aufgrund gesteigerter Anforderungen bzw. Neukonzeptionen in den Themenfeldern Steigerung der Ausbildungsqualität, neue strategische Ausrichtung bzgl. dem Auftritt in den Social Media Kanälen sowie Relaunch der Ausbildungsmarketingkampagne notwendig.
27	POA	SB Personalrecht, A12	3,00	305.100		P		2,00	203.400	Im Sachgebiet Personalrecht stehen für die Bearbeitung tarifrechtlicher Fragen derzeit 1,75 VZW und für den Bereich Beamte und Beamtenrecht 0,2 VZW zur Verfügung. Darüber hinaus ist dem Sachgebiet eine überplanmäßige Stelle im Umfang von 1,0 VZW zugeordnet. Die zusätzlichen Stellen von 3,0 VZW werden benötigt für die Bearbeitung von Eingruppierungen, Stufenfestsetzungen, Wechsel innerhalb des Tarifvertrages sowie allen weiteren, mit der Eingruppierung und Stellenbewertung zusammenhängenden Aufgaben. Im Zuge der Stellenschaffung ist die Umwandlung der überplanmäßigen Stelle in eine Planstelle vorgesehen.
28	POA	SB Innere Verwaltung, A11	1,00	93.000		P, S		1,00	93.000	Die Stellenausstattung der Inneren Verwaltung des POA wurde Ende des Jahres 2018 mittels eines standardisierten Verfahrens überprüft mit dem Ergebnis, dass die vorhandenen Stellenkapazitäten für die betrachteten „klassischen“ Aufgaben Zentraler Dienste ausreichend sind. Für die ebenfalls wahrgenommen, umfangreichen Fachaufgaben sind 1,0 VZW notwendig. Dazu gehören Beschäftigtendatenschutz, Dienstleistungsvereinbarungen mit städtischen Beteiligungen/Verträge zur Auftragsdatenverarbeitung, ePersonalakte, Bewirtschaftung der neu geschaffenen Teilhabe- und Inklusionsstellen, Controlling HSPKa für das POA und für die gesamtstädtische Arbeitsgruppe.
29	POA	Arbeitsmedizinische Fachangestellte/r, E07 Hinweis siehe auch Liste 1, Lfd.-Nr.19	1,50	88.200		P		0,50	29.400	Im Frühjahr/Sommer 2019 wurde eine Untersuchung des Ärztlichen Dienstes durchgeführt. Die Bemessung des Stellenbedarfes für Assistenzkräfte erfolgte auf Basis der für einen ordnungsgemäßen Betrieb notwendigerweise zu besetzenden Funktionen. Im Ergebnis ergab sich ein Stellenbedarf von 7,07 VZW. Abzüglich der vorhandenen 4,5 VZW errechnete sich ein Mehrbedarf in Höhe von 2,57 VZW, sodass die Schaffung von 2,5 VZW notwendig ist. Davon sind 1,0 VZW notwendig für die Betreuung der Gesellschaften (siehe Liste 1, Lfd.-Nr.19).
30	AfSta	Zentraler Service, SB, A10	1,00	81.800		S		1,00	81.800	Als Dienststelle mit besonders starker Außenwirkung steht das AfStA in einem besonderen Fokus. Dies bedeutet insbesondere auch einen größeren Arbeits- und Abstimmungsaufwand im Bereich der Zentralen Dienste u.a. bedingt durch die Zunahme von Unterstützungstätigkeiten bei Wahlen und Volksabstimmungen. Die bereits überplanmäßig vorhandene Stelle soll planmäßig gemacht werden.

31	IT	SB Informationssicherheit, E10	1,00	75.600		P		1,00	75.600	Im Bereich Informationssicherheit wurde in den letzten Jahren, vor allem durch die Einführung der EU-DSGVO, ein Mehraufwand verzeichnet. So ist die Teilnahme und Mitarbeit des Bereiches Informationssicherheit in allen stadtweiten Digitalisierungsprojekten erforderlich und vorgegeben. Mit einer zunehmend digitalen Ausrichtung der Stadtverwaltung geht eine wachsende Bedeutung und Wichtigkeit des Bereiches Informationssicherheit einher. So müssen IT-Anwendungen im Hinblick auf Informationssicherheit geprüft und freigegeben sowie zentrale IT-Richtlinien erstellt und kontrolliert werden. Derzeit sind 1,0 VZW vorhanden. Diese Stellenausstattung reicht nicht aus, um die Komplexität bedienen zu können.
32	IT	SB Gremienarbeit und Projektassistenz, E09c	1,00	69.500		S		1,00	69.500	Für die Gremienarbeit im IT-Beirat (Priorisierung eingereicherter IT-Projekte durch Vertreter der Verwaltung) und der IT-Kommission (Ideen und Anforderungen an IT-Vorhaben durch Vertreter des Gemeinderats) sind dauerhaft 1,0 VZW notwendig, um eine zeitnahe Vor- und Nachbereitung der Gremienarbeit gewährleisten und Digitalisierungsprojekte in den Dienststellen begleiten zu können.
33	IT	Juniorprojektmanager/in, E11	0,25	20.400		S		0,25	20.400	Mit zahlreichen Digitalisierungsvorhaben innerhalb der Stadtverwaltung steigt der Arbeitsaufwand für das Project Management Office (PMO) des IT-Amtes, da diese die Digitalisierungsprojekte begleiten. Das PMO sorgt bei Projekten in den Dienststellen für das nötige Wissen im Bereich Projektmanagement und IT. Die Anzahl der Digitalisierungsvorhaben nehmen stetig zu, zum einen durch gesetzliche Vorgaben (z.B.: OZG, EGovG BW), zum anderen durch IT-gestützte Fachanwendungen. Es sind bereits 0,75 VZW eingerichtet. Die übrigen 0,25 VZW sind derzeit seit März 2019 überplanmäßig eingerichtet und sollen planmäßig werden.
34	IT	Senior Projektmanager/in, E12	1,00	90.100		S		1,00	90.100	Die verstärkte digitale Ausrichtung der Verwaltung sorgt für eine steigende Anzahl an Digitalisierungsprojekten. Diese werden vom Project Management Office (PMO) des IT-Amtes unterstützt und betreut. Die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung kann mit der derzeitigen personellen Ausstattung nicht erfolgen. Es kommt zu einem Qualitätsverlust und die Dauer und Kosten für Projekte erhöhen sich. Derzeit laufen in der Stadtverwaltung etwa 37 Digitalisierungsprojekte mit steigender Tendenz in den nächsten Jahren. Mit der Schaffung einer Senior Projektmanagerstelle können Projekte mit einem Umfang von ca. 230 Personaltage/Jahr abgearbeitet werden.
35	IT	SB Personalmanagement, A11	0,50	46.500		S		0,50	46.500	Seit Gründung des IT-Amtes 2017 ist die Zahl der Mitarbeitenden von 27 auf 58 gestiegen (26,75 VZW auf 62,86 VZW). In den künftigen Jahren ist durch die verstärkte Digitalisierung auch mit einem Wachstum der Vollzeitwerte im IT-Amt zu rechnen. Somit wachsen auch die Aufgaben im Fachbereich Personalwesen. Vor allem die Bearbeitung von Stellenbesetzungsaufgaben ist zeitintensiv und muss oft mehrfach durchgeführt werden. Die Stelle Personalsachbearbeitung ist seit Oktober 2019 mit 0,25 VZW überplanmäßig aufgestockt. Zunächst sollen 0,5 VZW planmäßig gemacht werden, im Verfahren 2021 sollen weitere 0,5 VZW eingebracht werden.
36	IT	SB Beschaffung und Finanzen, A8	0,50	37.250		S		0,50	37.250	Die gesamte Beschaffung von IT-Bedarfen erfolgt über das IT-Amt. 2018 waren dies insgesamt 1521 Beschaffungen (366 Rahmenvertrag, 1155 sonstige Beschaffungen). Da der Bereich IT-Beschaffung derzeit nur mit 1,0 VZW ausgestattet ist, kommt es zu lange Wartezeiten bei der IT-Beschaffung. Dies wird sich auch in Zukunft verstärken, da die Zahl der User und somit die Anzahl an IT-Beschaffungen stetig wächst (2009: 2600 User, 2019: 4500 User). Die Stelle soll neben dem Bereich Beschaffung zudem das Finanzwesen im IT-Amt unterstützen. Dieser Bereich kümmert sich um die Kostenrechnung und die Steuerthematik (Betrieb gewerblicher Art).
37	IT	IT-Support, E10	1,00	75.600		S		1,00	75.600	Aktuell betreut der IT-Support rund 4500 Mitarbeitende. Im Monat kommen über die IT-Servicenummer 1717 knapp 2000 Tickets zur Bearbeitung. Die Bearbeitungsdauer eines Tickets liegt momentan im Schnitt bei 13 Tagen. Derzeit gibt es über 1000 offene Tickets. Zusätzlich zur Bearbeitung von Störungstickets ist der IT-Support für den Hardwareaustausch in den vom IT-Amt zentral betreuten Dienststellen zuständig. Der IT-Support kümmert sich auch um die Betreuung der über 400 Fachanwendungen, die bei der Stadt im Einsatz sind.
38	IT	Einrichtung Apple-Geräte, E08	0,50	29.500		S		0,50	29.500	Derzeit sind über 1200 Apple-Geräte (Ipad und iPhones) im Einsatz. Die Zahl der mobilen Endgeräte nimmt zu. Diese Geräte müssen regelmäßig ausgetauscht und eingerichtet werden, denn nach 3 Jahren sind diese abgeschrieben. Es kommt zu langen Wartezeiten bei der Einrichtung der Geräte. Derzeit gibt es 160 offene Anfragen zur Einrichtung neuer Apple-Geräte. Zusätzlich werden auch noch die Störungstickets über 1717, ca. 50 Tickets pro Monat zu Apple-Geräten, an dieser Stelle bearbeitet.

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschussitzung am 24. April 2020
Liste 2

Stand: 27.03.2020

39	IT	Active Directory und Storage, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Der Bereich Active Directory beinhaltet die Beratung und Unterstützung der Dienststellen bei der Optimierung der Berechtigungsstruktur, der Ordnerstruktur sowie der Überprüfung von Gruppen-Richtlinien für Benutzer. Im Bereich Storageverwaltung werden Speicherplätze überprüft, verwaltet, zukünftige Bedarfe ermittelt und ein Archivierungskonzept erstellt. Des Weiteren werden neue Technologien zur Speicherung ermittelt, um die bisherige Struktur zu optimieren und an neue Gegebenheiten anzupassen. Derzeit werden 4500 Nutzer betreut. 2020 werden die SJB mit 200 Nutzern und in den folgenden Jahren noch deren Außenstellen sowie Kitas und Schulen hinzukommen, somit steigt auch der Betreuungsaufwand im Bereich Active Directory und Storage.
40	IT	SB Informationssysteme und Workflows, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Der Bereich DMS-Administration von enaio beinhaltet die System-Administration, die Administration von Sonderlösungen, die Schnittstellenbetreuung, die Installation und Betreuung von Scan-Arbeitsplätzen, Mitarbeiterschulungen, die Anwenderbetreuung und die Beratung von Dienststellen vor Ort. Mit der Ausbreitung von Digitalisierungsprojekten steigt die Anzahl der Anwender der eAkte stadtwweit an. Hiermit einher geht der erhöhte Bedarf im Bereich DMS-Administration. Dieser wird durch gesetzliche Vorgaben zur Umsetzung der elektronischen Akte (eJustice-Gesetz ab 01.01.2022) in verschiedenen Bereichen erhöht. Hinzu kommen Projekte wie eWorkflows und der ePosteingang, die zur erfolgreichen Umsetzung und Implementierung die Arbeit der Dienststellen in eAkten und dem DMS enaio voraussetzen.
41	IT	SB RIS, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Das Ratsinformationssystem (RIS) bietet den Nutzern die Möglichkeit auf alle öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen und Ratsdokumente zuzugreifen. Die Nutzerzahlen steigen stetig an (2019: 350 Nutzer, Prognose 2021: 450 Nutzer). Neben den steigenden Nutzerzahlen wird der Nutzerkreis auch erweitert werden. Durch die quantitative Entwicklung der Nutzerzahlen, die Administration der unterschiedlichen technischen Systeme, die Schulung und Betreuung der Endbenutzer und die wachsenden IT-Sicherheitsvorgaben ist die Bearbeitung des RIS mittelfristig nicht mit den vorhandenen 0,7 VZW zu bewältigen, sodass weitere 1,0 VZW erforderlich sind.
42	OA	Ausländerbehörde, SB Fachkräfteeinwanderung, A11	2,30	213.900		P		2,30	213.900	Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz tritt im März 2020 in Kraft. Die geschätzten Fallzahlen ergeben einen Mehrbedarf von 2,3 VZW. Weitere Entwicklungen im Jahr 2020 bleiben abzuwarten. Die Stellen wurden 2020 überplanmäßig eingerichtet.
43	OA	Ausländerbehörde, Rechtssachbearbeitung (UMA), A11 Hinweis die Stellenschaffung steht im Zusammenhang mit den Stellen für die SJB (siehe Liste 1, Lfd.-Nr. 20)	0,50	46.500		P		0,50	46.500	Aufgrund der aktuellen Fallzahlen ergibt sich ein Bedarf von 0,42 VZW. Da die Zahlen mutmaßlich die nächsten Monate wieder ansteigen (Flüchtlinge vom Sommer kommen die nächsten Wochen in Karlsruhe an) und zur besseren Personalgewinnung, wird der Bedarf auf 0,5 VZW festgesetzt. Die Stelle ist ein Jahr nach Besetzung zu evaluieren.
44	OA	SGL Sicherheit, Ausreise und Flüchtlinge, A12	1,00	101.700		P		1,00	101.700	In der Vergangenheit haben deutliche migrationspolitische Impulse dazu geführt, dass die Ausländerbehörde sich zu einer Willkommensbehörde entwickelt hat. Genauso haben deutliche ordnungspolitische Impulse dazu geführt, dass die Ausländerbehörde in hohem Maße Verantwortung hinsichtlich sicherheitsrelevanter Themen übernimmt. All dies lässt sich zunehmend schwerer in der allgemeinen Migrationssachbearbeitung bzw. Regelsachbearbeitung integrieren. Insbesondere auch im Hinblick auf die zu erwartenden Aufgaben aus dem Fachkräftezuwanderungsgesetz müssen alle sicherheitsrelevanten Aufgaben eigenständig organisiert und strukturiert sein. Es ist daher erforderlich, ein 4. Sachgebiet "Sicherheit, Ausreise und Flüchtlinge" zu gründen. Hierzu bedarf es einer neuen Sachgebietsleitung. Der Sachgebietsleitung wird in dem gedachten Zuschnitt eine Mitarbeiterzahl von 7-8 Personen (VZW) haben. Diese Anzahl an Mitarbeiter ist für ein neues Sachgebiet ausreichend.
45	OA	SB Standesamt, A11	0,60	55.800		P		0,60	55.800	Für den Bereich Besondere Beurkundung besteht ein Bedarf von 0,6 VZW. Begründet ist dies durch die Steigerung der Geburten um 16 % und dem damit verbundenen Aufgabenzuwachs.
46	OA	SB Bußgeldstelle, A10	1,00	81.800		P		1,00	81.800	Für die Sachbearbeitung Allgemeine Ordnungswidrigkeiten und Verkehrsunfälle bedarf es auf Grundlage der aktuellen Fallzahlen einen Personalbedarf von 6,19 VZW. Aktuell sind 5,0 VZW vorhanden, sodass die Schaffung von 1,0 VZW notwendig ist.

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschussitzung am 24. April 2020
Liste 2

Stand: 27.03.2020

47	OA	SB Führerscheinstelle, A8	1,00	74.500				1,00	74.500	In einer Staffelnung müssen bis zum 19.Januar 2033 alle noch existierenden Papierführerscheine und unbefristeten Scheckkartenführerscheine in befristete Scheckkartenführerscheine umgetauscht werden. ITEOS hat eine Auswertung vorgenommen. Danach besteht durch den Pflichtumtausch ein Mehraufwand von bis zu 80 %. Die Hochrechnung von ITEOS weist aus, dass 181 von 1000 Einwohnern ein Alt-Dokument umtauschen müssen. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl von Karlsruhe ergibt sich dadurch einen Stellenmehrbedarf von 0,89 VZW. Auch aufgrund des Anstieges der Mehrarbeit durch die Einführung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz, das bisher im Personalstand nicht berücksichtigt wurde, und der besseren Personalgewinnung, besteht ein Mehrbedarf von 1,0 VZW.
48	OA	Tierarzt/ärztin, E14 (0,6 VZW), Veterinärhygienekontrolleur/in E08 (1,0 VZW)	1,60	118.280				1,60	118.280	Im Bereich Veterinärwesen kann es sowohl aus tierseuchenrechtlichen als auch aus tierschutzrechtlichen Gründen jederzeit zu einem unvorhergesehenen und sehr hohen Arbeitsanfall durch das Auftreten eines Tierseuchenfalls oder eines umfangreichen Tierschutzfalls kommen (Bsp. Ausbruch Geflügelpest 2017). Auch haben in den vergangenen Jahren die Ansprüche der Bevölkerung an den Schutz von Tieren und die damit verbundenen höheren Anforderungen an die Vollzugsbehörde zugenommen. Dies führt nachweislich zu einer zunehmenden Arbeitsbelastung. Damit verbunden sind auch erhöhte Anforderungen an die Überwachung und Dokumentation des Verwaltungshandelns.
49	OA	Objektmanagement, SB Objektbetreuung, E09a	1,00	66.800				1,00	66.800	Aufgrund des stetig steigenden Personalbedarfs im OA sowie die vielen räumlichen Veränderungen und der permanenten Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze entstehen große bauliche Maßnahmen. Auch müssen Besprechungszimmer mit besonderen Alarmierungs- und Sicherheitseinrichtungen geplant und realisiert werden. Im Rahmen der stadtweit eingeführten Gefährdungsbeurteilungen müssen mögliche Sicherheitsmängel in engeren zeitlichen Abständen überprüft, ausgewertet und schnellstmöglich behoben werden. All diese Aufgaben zu bewältigen, wäre in den letzten Jahren ohne die vorhandene Projektstelle nicht möglich gewesen. Es zeigt sich, dass ein dauerhafter Bedarf von 1,0 VZW gegeben ist.
50	KA	SB Zentrale Dienste, Finanzen, E08	0,25	14.750				0,25	14.750	Im Stellenschaffungsverfahren 2018 beantragte das KA eine Stelle im Umfang von 0,75 VZW im Bereich Allgemeine Verwaltung, Zentrale Dienste, SG Finanzen. Hiervon wurden bereits 0,5 VZW geschaffen. Einen höherer Stellenanteil konnte aufgrund fehlender Daten damals nicht nachvollzogen werden. Auf Grundlage von gestiegenen Fallzahlen (2017-2019) an Buchungsfällen besteht nun ein weiterer Bedarf von 0,25 VZW.
51	KA	Stadtbibliothek, Medienpädagoge/in, E12	0,50	45.050				0,50	45.050	Für die Leitung des Fachbereichs „Stadtteilbibliothek West und Ost“ werden 0,5 VZW benötigt. Bisher erfolgte die Aufgabenwahrnehmung durch die Abteilungsleitung der Stadtbibliothek. Die Schaffung der Stelle führt zu einer Entlastung der Abteilungsleitung.
52	KA	Kultur- und Kreativwirtschaftsbüro, SB und Assistenz, E08	1,00	59.000				1,00	59.000	Für das Kultur- und Kreativwirtschaftsbüro (K ³ -Büro) des Kulturamtes/der Wirtschaftsförderung ist die Umwandlung der seit Juli 2018 überplanmäßig eingerichteten Stelle in eine Planstelle erforderlich. Begründet wird dies durch den steigenden Betreuungsaufwand, der sich aus der steigenden Anzahl an Gebäuden und der damit verbundenen steigenden Anzahl an Unternehmen, die durch das K ³ -Büro betreut werden, ergibt. Darüber hinaus wird die Stelle benötigt, um die Kulturwirtschaftsmanager/innen von Verwaltungs- und Routinetätigkeiten zu entlasten.
53	KA	Kulturmanagement Umsetzung des Konzeptes UNESCO City of Media Arts, E11	1,00	81.600				1,00	81.600	Für die Umsetzung des Konzeptes UNESCO City of Media Arts sollen 1,0 VZW als Planstelle eingerichtet werden. Mit der erfolgreichen Bewerbung verpflichtet sich die Stadt einen Aktionsplan, bestehend aus drei Projekten auf lokaler und drei Projekten auf internationaler Ebene, umzusetzen. Die Mitgliedschaft als UNESCO City of Media Arts wird dauerhaft angestrebt.
			32,70	2.712.300	0			29,00	2.403.030,00	Teilergebnis Dezernat 2 (priorisierte Stellen)
										Teilergebnis Dezernat 2

Liste 2

Dezernat 3										
54	SuS	Springer Sekretariatskraft, E08	0,28	16.520		S		0,28	16.520	Momentan sind beim SuS im Bereich der Schulsekretariats-Springerkräfte insgesamt 2,5 VZW vorhanden. Rechnerisch ergibt sich nach den aktuellen Zahlen ein Springerbedarf von insgesamt 2,93 VZW, rund 3,0 VZW. Da eine Sekretariats-Stelle mit 0,22 VZW aufgrund der Schließung der Kimmelmansschule ab dem Schuljahr 2019/20 in den Springerbereich übertragen wurde, reduziert sich der Restbedarf auf 0,28 VZW.
55	SuS	Architekt/in, E11	0,50	40.800		P		0,50	40.800	Das SuS ist zuständig, alle raumbezogenen Punkte (Aufteilung, Zuordnung, spezielle Anforderungen, Anzahl Nutzer etc.) gemeinsam mit den Schulen unter Beachtung pädagogischer Konzepte im Vorfeld zu klären. Das HGW und externe Partner werden nur beratend tätig. Im Hinblick auf die zukünftig vielen anstehenden Planungsprozesse, insbesondere zur Erweiterung von Schulen um Ganztags- und Inklusionsbereiche bzw. um Unterrichtsflächen, ist es notwendig, dass das SuS eine Funktion vorhält, die über die Expertise zur sachgerechten Formulierung von Bauherrenanträgen verfügt und dadurch eine optimale Zusammenarbeit mit dem HGW gelingt.
56	SuS	SB Personal A12 (0,5 VZW), A11 (1,0 VZW), Sekretariat E08 (0,5 VZW)	2,00	173.350		S		2,00	173.350	Im Rahmen der Organisationsuntersuchung wurde auf Grundlage des Referenzwertmodells "Personalausstattung zentraler Dienste" ein Mehrbedarf im Bereich Personalverwaltung und Organisation in Höhe von insgesamt 2,0 VZW festgestellt. Hiervon sind 0,5 VZW für Organisationsaufgaben, 1,0 VZW für klassische Personalsachbearbeitung und 0,5 VZW für Assistenzaufgaben im Bereich Personalverwaltung vorzusehen. Für Personalsachbearbeitung wurden bereits überplanmäßig 0,5 VZW ab Oktober 2019 eingerichtet.
57	Bad KONS	SB Veranstaltungsorganisation/-marketing, E10	0,30	22.680		F		0,30	22.680	Die Umwandlung der seit April 2019 eingerichteten überplanmäßigen 0,3 VZW ist erforderlich, da die Schaffung der Stelle für die Entwicklung der Musikschule und ihrer Außenwahrnehmung von zentraler Bedeutung ist. So stehen jährlich 30 bis 50 Konzerte mit mehr als 10.000 Besucher/innen an, die vor- und nachbereitet werden müssen. Auch im Rahmen der Wettbewerbsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bad KONS sind die Aufgaben unerlässlich. Bereits durch die Umorganisation des Bad KONS wurde festgelegt, dass die strategische Neuausrichtung des Bad KONS verstärkt vorangetrieben werden sollte.
58	SJB	Fachbereich Soziales- und Teilhabe, Abteilung Grundsicherung, Asyl u. Pflege, Leistungsbereich, SB, A10; Auch beim Stadtamt Durlach gibt es zu diesem Thema Stellenschaffungen (siehe Liste 2, Lfd.-Nr.17)	4,00	327.200		P	Die restlichen 2,0 VZW überplanmäßig verlängern	2,00	163.600	Durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetz (BTHG) müssen zukünftig die Fachleistungen (Eingliederungshilfe) und die existenzsichernden Leistungen (Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt) getrennt werden. Dies hat zur Folge, dass Menschen mit Behinderung, die bisher noch Komplexleistungen erhalten haben, zukünftig aus unterschiedlichen Systemen finanziert werden müssen, was zu einer Trennung der bisherigen Fälle und damit zu einem erheblichem Mehraufwand bei der Sachbearbeitung führt. Die Abteilung Grundsicherung, Asyl und Pflege muss somit insgesamt ca. 750 Fälle aus der E-Hilfe übernehmen. Auf der Basis des vorhandenen Fallzahlenschlüssels besteht somit ein Personalmehrbedarf in Höhe von 4 VZW. Hierfür wurden bereits zum 01.09.2019 vier überplanmäßig Stellen eingerichtet.
59	SJB	Allgemeiner Sozialer Dienst, Abteilungsleitung, S18	1,00	89.500		P		1,00	89.500	Im Fachbereich Jugendhilfe und Soziale Dienste werden Aufgaben der Jugendhilfe gebündelt. Die Zusammenführung der Bereiche der Jugendhilfe und des Sozialen Dienstes führt zu einer besseren strategischen Steuerbarkeit der sozialpädagogischen Hilfen mit den wirtschaftlichen Hilfen. Zur Entlastung der Fachbereichsleitung ist es notwendig, eine Abteilungsleitung für den allgemeinen Sozialen Dienst vorzuhalten. Die erforderliche zusätzliche Stelle konnte nicht aus dem vorhandenen Stellenkontingent generiert werden, da dieser Bereich in den letzten Jahren sehr stark gewachsen ist. Seit 01.10.19 ist eine überplanmäßige Stelle hierfür eingerichtet.
60	SJB	Abteilung Finanzen, IT und Beschaffung, SB Controlling, A12	0,50	50.850		P, S		0,50	50.850	Die Ausgestaltung eines von der Politik eingeforderten Wirkungscontrollings konnte bisher mit den vorhandenen Stellenkapazitäten nicht im geforderten Umfang erfüllt werden, sodass auf der Basis der notwendigen Aufgaben ein Mehrbedarf im Rahmen einer organisatorischen Betrachtung des Bereiches festgestellt wurde. Gleichzeitig sind auch die Anforderungen innerhalb der Stadtverwaltung insbesondere der Stadtkämmerei für diesen Bereich gestiegen. Aus Sicht der SJB können mit entsprechender Personalausstattung zukünftig die geforderten Aufgaben umgesetzt werden, sodass Minderausgaben von bis zu 40.000 Euro jährlich in Aussicht gestellt werden.

61	SJB	SB IT-Service und Fachverfahren, E10	2,00	151.200		P		2,00	151.200	Die Zahl der durch den IT-Support betreuten Arbeitsplätze innerhalb der SJB ist in den letzten Jahren um ca. 30% gestiegen. Dies hängt zum größten Teil mit der notwendigen IT-Ausstattung der städtischen Kindertagesstätten, der Schulsozialarbeit, des allgemeinen Sozialen Dienstes und mit dem Ausbau der Homeoffice Arbeitsplätzen zusammen. Auf der Basis der zu betreuenden Nutzer und mit Abstimmung des IT-Amtes wurde ein dezentraler Mehrbedarf von 1,0 VZW festgestellt. Im Bereich der Fachverfahren kam es in den letzten Jahren ebenso zu Aufgabenmehrunge, insbesondere durch die Auswahl und Installierung verschiedener kompatibler Fachanwendungen. Bei der Fachverfahrensbetreuung LÄMMKOM gab es zudem Aufgabenzuwächse, wie z.B. der regelmäßige aufwendige Sozialdatenabgleich und die zusätzlich erforderlichen statistischen Auswertungen im Bereich der Sozialen Hilfen, im Bereich der Unterhaltsvorschusskasse und die erforderlichen Umstellungsarbeiten aufgrund verschiedener rechtlicher Änderungen. Die Schaffung von weiteren 1,0 VZW ist notwendig.
62	SJB	SB Personalmanagement, A11	2,00	186.000		S		2,00	186.000	Aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahlen bei der SJB und der gestiegenen Aufgaben, basierend auf einer steigenden Fluktuation und des Fachkräftemangels, konnte im Rahmen einer organisatorischen Betrachtung des Bereichs, auf der Basis des Referenzwertmodells "Personalausstattung zentraler Dienste", ein Mehrbedarf in Höhe von 2,0 VZW festgestellt werden. Seit Oktober 2018 sind 0,5 VZW überplanmäßig eingerichtet.
63	SJB	FB Kindertagesbetreuung, E09a (0,32 VZW), E9c (0,18 VZW)	0,50	33.886		P, S		0,50	33.886	Begründet durch den stetigen Ausbau städtischer Kindertageseinrichtungen und den damit einhergehenden Zuwachs an Betreuungsplätzen kam es zu Fallzahlensteigerungen im Bereich der Entgeltsachbearbeitung und der Rechnungssachbearbeitung. Ebenso kam es zu Aufgabenzuwächsen aufgrund stetiger Veränderungen in diesem Bereich. Basierend auf den Fallzahlen und zusätzlichen Aufgaben ergibt sich Bedarf von 0,5 VZW.
64	SJB	Unterhaltsvorschusskasse, SB Rückgriffe, A10; befristet bis 31.05.2023	2,00	163.600		P		2,00	163.600	Die Fallzahlen haben sich durch die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes im Jahr 2017 bzw. aufgrund der neuen Anspruchsvoraussetzungen signifikant erhöht. Die Rückgriffsquote hat sich dagegen stark verringert (2014: 29 %, 2018: 15 %), da die Anträge auf Unterhaltsvorschuss vorrangig zu bearbeiten sind zur Realisierung der gesetzlichen Ansprüche. Um auch die Rückforderungen bei den Unterhaltspflichtigen dauerhaft ordnungsgemäß durchzuführen, ist der Mehrbedarf begründet. Es ist mit Einnahmen aus Rückgriffen (bei Rückgriffsquote von 15 %: ca. 390.000 Euro, bei Steigerung auf 26 %: ca. 676.000 Euro) zu rechnen. Die Stellen sind zunächst auf drei Jahre befristet, um in diesem Zeitraum die Entwicklung bzw. die Erhöhung der Einnahmen zu betrachten. Über eine Entfristung kann sodann im Stellenschaffungsverfahren 2023 entschieden werden.
65	SJB	SB Unterhaltsvorschuss-kasse, A10	1,50	122.700		P		1,50	122.700	Die Fallzahlen haben sich durch die Gesetzesänderung ab 01.07.2017 bzw. aufgrund der neuen Anspruchsvoraussetzungen um 42 % erhöht. Die Fallzahl pro VZW beläuft sich im Vergleich zu anderen Städten deutlich über dem Durchschnitt. Von den 2017/2018 bereits eingerichteten überplanmäßigen 3,0 VZW (befr. bis 31.05.2020) sollen 1,5 VZW in Planstellen umgewandelt sowie die Befristung der weiteren 1,5 VZW bis 31.05.2021 verlängert werden. Im Rahmen der momentan noch laufenden Organisationsuntersuchung wird der konkrete Gesamtbedarf 2020 festgestellt. Es ist vorgesehen, den restlichen Bedarf in das Stellenschaffungsverfahren 2021 einzubringen.
66	SJB	SB Gremienarbeit, A11	0,50	46.500		S		0,00	0	Bei der Ausschuss- und Gremienarbeit im Bereich des Jugendhilfeausschusses ist ein starker quantitativer und qualitativer Zuwachs zu verzeichnen. Insbesondere auch die Aufträge aus dem GR sind zahlenmäßig angestiegen. Die schon in den letzten Jahren gestiegenen Aufgaben wurden bisher durch Stellenkapazitäten aus dem Controllingbereich der SJB aufgefangen. Diese stehen nicht mehr zur Verfügung. Die früheren Schwankungen in der Ausschuss- und Gremienarbeit gibt es zudem nicht mehr aufgrund der zusätzlichen Arbeitsausschussitzungen, den Klausurtagen und weiteren Aufgaben. Ein dauerhafter Mehrbedarf von 0,5 VZW ist gegeben.
67	StJA	Sozialpädagoge/in, S15 (1,0 VZW), Jugend- und Heimerzieher/in S08B (0,75 VZW) KJH Knielingen	1,75	125.925		S		1,75	125.925	Um den Wegfall des Angebots und der einzigen offenen Räumlichkeiten in Knielingen 2.0 zu verhindern, beschloss der GR am 26.02.2019 die Übernahme des Jugendtreffs. Aufgrund der kontinuierlich großen Nachfrage soll die Einrichtung künftig als Kinder- und Jugendhaus (KJH) betrieben werden. Hierfür werden 1,75 VZW für pädagogisches Personal benötigt.
68	StJA	Pädagogische Fachkraft Flüchtlingsprojektförderung u. Offene Kinder-u. Jugendarbeit Bergwaldsiedlung, S08B	1,00	65.500		S		1,00	65.500	Das KJH Durlach engagiert sich seit der Flüchtlingskrise für die Integration junger Zugewandter. Hierfür standen über 3 Jahre Projektmittel der BW Stiftung zur Verfügung. Diese fallen nun weg. Um die Projekte weiterführen und zusätzliche Angebote für Kinder- und Jugendliche in der Bergwaldsiedlung anbieten zu können, werden 1,0 VZW für eine pädagogische Fachkraft benötigt.

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschussitzung am 24. April 2020
Liste 2

Stand: 27.03.2020

69	StJA	Jugendhilfeplaner/in Überführung der Jugendhilfeplanung auf die Kinder- und Jugendarbeit, E13	1,00	89.300		S		1,00	89.300	Als Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist der StJA für die Durchführung offener Angebote zuständig. Um Erkenntnisse und Entwicklungen aus der Jugendhilfeplanung, welche durch die Jugendämter ausgeführt wird, auf die Kinder- und Jugendarbeit übertragen zu können, wird eine strategische Planungsstelle benötigt. Bisher erfolgte diese Strategievorbereitung durch die Fachbereichsleitungen. Aufgrund der Personalzuwächse und des Anstiegs der Leitungstätigkeiten ist dies nicht mehr möglich.
								18,33	1.495.411,00	Teilergebnis Dezernat 3 (priorisierte Stellen)
			20,83	1.705.511	0					Teilergebnis Dezernat 3

Dezernat 4										
70	StK	Projektmanagement Digitalisierungsprojekte, insbesondere im Rechnungswesen E11 (1,0 VZW), SB E-Rechnung E10 (1,0 VZW)	2,00	157.200		P		2,00	157.200	Für die zahlreichen Digitalisierungsprojekte im Rechnungswesen werden Mitarbeitende mit entsprechendem Know-how in diesem Segment benötigt. Im Bereich Projektmanagement ist die Umwandlung der bereits eingerichteten überplanmäßige Stelle dauerhaft erforderlich, damit Digitalisierungsprojekte (z.B. E-Rechnung, Umstellung auf HANA, Projekte, die aufgrund des Abschlussberichtes der GPA auf die StK zukommen) dauerhaft durchgeführt werden können. Die seit 2017 überplanmäßige Stelle für die Einführung der E-Rechnung sowie für das aktive Changemanagement bei den Digitalisierungsprojekten soll ebenfalls als Planstelle umgewandelt werden. So können Verzögerungen bei der Einführung von Digitalisierungsprojekten vermieden und das Image als moderne Stadtverwaltung aufrechterhalten bleiben.
71	StK	SB Gebührenmanagement, A12	1,00	101.700		F		1,00	101.700	Der Bedarf besteht für die Einrichtung einer Beratungseinheit "Gebührenkompetenz" zur zentralen Bearbeitung der Gebührenkalkulation für die gesamte Stadtverwaltung. Die Anfragen und der Beratungsaufwand der Verantwortlichen in den Fachdienststellen nehmen kontinuierlich zu. Ferner zeigten sich vermehrt dezentral und eigenständig erarbeitete Regelungen der Dienststellen im Bereich Kalkulation/Satzungsanwendung, ohne vorherige notwendige Plausibilität bzw. Beschlussfassung durch den GR. Infolgedessen steigen die Risiken zu Gebührenauffällen oder der rechtswidrigen Einnahmeschaffung auf Basis fehlerhafter Rechtsgrundlagen. Diese Informations- und Wissenslücke soll künftig durch eine zentrale Gebühreneinheit geschlossen werden.
72	Dez.4	Referent/in, A14	1,00	124.300		S		1,00	124.300	Der Mehrbedarf ist insbesondere durch die Stellung des Dezernats 4 hinsichtlich den Finanzen als Querschnittsdezernat begründet. In diesem spiegeln sich ein Großteil der städtischen Beteiligungen und damit verbunden die Betreuung der Gesellschaften wider (Aufsichtsratssitzungen, Erstellung von Wirtschaftsplänen, Abstimmung finanzielle Entwicklungen zum Aufgabenportfolio, Personalangelegenheiten usw.). Des Weiteren bindet die langfristige Sicherung der Stadtfinanzen als Dauerthema vermehrt Personalressourcen. Das Aufgabenspektrum der Referenten wird außerdem ausgeweitet durch die Funktion der Dezernentin als Erste Bürgermeisterin bzw. als ständige Vertretung des OB. Nachweislich sind die momentan eingesetzten Referenten überlastet.
73	Wifö	SB Personalverwaltung, A12; befristet auf 3 Jahre	0,50	50.850		P		0,50	50.850	Die Zentralen Dienste der Wifö wurden durch Schaffung von 0,3 VZW in 2019 dem durchschnittlichen regelmäßig anfallenden Aufwand angepasst, sodass insgesamt 1,3 VZW vorhanden sind. Aufgrund des derzeitigen Arbeitsaufkommen ergibt sich anhand des Referenzwertmodells "Personalausstattung zentraler Dienste" für die Dauer von 3 Jahren ein weiterer Mehrbedarf von 0,5 VZW. Danach soll eine Evaluation erfolgen.
74	Wifö	SB Internationale Aktivitäten, E11	1,00	81.600		F		1,00	81.600	Karlsruhe soll als international attraktiver Wirtschaftsstandort ausgerichtet werden. Die von der Wifö vorgesehenen strategischen Maßnahmen im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte und Geschäftsmodelle verursachen zusätzlichen Aufwand. Dieser kann mit dem vorhandenen Personal nicht wahrgenommen werden. Um die hierbei aktuell vorgesehenen Aufgaben zu bewältigen, sind weitere 1,0 VZW notwendig. Die vorgesehene Koordinationsfunktion bezieht sich in erster Linie auf den Zielmarkt Frankreich und künftige Zielmärkte wie z.B. Afrika.
								5,50	515.650,00	Teilergebnis Dezernat 4 (priorisierte Stellen)
			5,50	515.650	0					Teilergebnis Dezernat 4

Dezernat 5										
75	UA	Stabstelle Klimaschutz, SB, E13	0,80	71.440		S		0,80	71.440	Eine erhebliche Intensivierung der Tätigkeiten rund um das Themenfeld Klimaschutz, ein erhöhtes Interesse von Seiten der Bürgerschaft und die zunehmende Erwartungshaltung gilt es zu bedienen und weiter auszubauen. Mit den vorhandenen Ressourcen können diese Aufgaben nicht durchgeführt werden. 2019 wurde eine überplanmäßige Stelle von 1,0 VZW eingerichtet, davon können 0,2 VZW durch amtsinterne Stellenumschichtung finanziert werden.
76	UA	Klimaneutrale Verwaltung, SB, E12	1,00	90.100		S		1,00	90.100	Die Klimaneutrale Stadtverwaltung ist ein Baustein des Klimaschutzkonzeptes 2030 und stellt eine wichtige Säule beim Klimapakt zwischen Landesregierung und den komm. Spitzenverbänden dar. Die Stelle soll deshalb die Geschäftsstelle leiten sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligungsprozesse koordinieren. Nach dem GR-Beschluss vom 26.04.2016 zum Klimaschutzkonzept kann zudem eine befristete Förderung durch Bund und Land beantragt werden. Allerdings handelt es sich um eine umfassende Aufgabe, die eine dauerhafte Bearbeitung erfordert. Eine zeitweise, wenn auch durch Drittmittel geförderte, Umsetzung ist daher nicht zielführend.
77	BrDi	Zentrale Dienste, SB Geschäftszimmer, E06	1,00	56.700		S		1,00	56.700	Auf Grundlage eines Referenzwertmodells "Personalausstattung zentraler Dienste" bedarf es für die Tätigkeiten des Geschäftszimmers 1,0 VZW. Zu den Aufgaben gehören unter anderem der zentrale Posteingang/Postausgang inkl. Verteilung der Hauspost sowie das Führen der Amtsregistratur und der örtlichen Personalakten.
78	BrDi	Zentrale Dienste, A11	0,50	46.500		P		0,50	46.500	Bei der Branddirektion ist die Schaffung von 0,5 VZW für den Aufgabenbereich Zentrale Dienste notwendig. Der Bedarf besteht u.a. aufgrund des Anstiegs der Belegschaft von 214 Personen im Jahr 2002 auf 280 Personen im Jahr 2019, die durch die integrierte Leitstelle benötigte Bewirtschaftung des Haushalts und Abrechnung mit den weiteren Trägern sowie infolge der Neuregelung des GR die quartalsweise Auszahlungen (Entschädigungssatzung) an die 16 Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehren zu veranlassen.
79	BrDi	Haustechniker/in neue Hauptwache, E09A	1,00	66.800		P		1,00	66.800	Für die neue Hauptfeuerwache, die im Juni/Juli 2020 übergeben werden soll, wird ein/e Haustechniker/in benötigt. Bei dem Neubau der Hauptfeuerwache an der Wolfartsweierer Straße handelt es sich um ein hochtechnisiertes Gebäude mit komplexer Gebäudetechnik, deren Kontrolle und Betreuung nicht mehr mit Kräften aus dem Schichtdienst der Feuerwehr bewerkstelligt werden kann. Aufgrund der Größe des Gebäudes mit 95.030 m ² Geschossfläche und der Vielzahl der zu betreuenden Gewerke bedarf es 1,0 VZW.
80	BrDi	SB IT-Fachanwendungen, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Der Einsatz von IT-Verfahren hat in den letzten Jahren im Bereich der Einsatzführung und Einsatzunterstützung sowie bei der Steuerung des Wachbetriebes erheblich zugenommen. Die Verfügbarkeit der IT-Verfahren ist daher von zentraler Bedeutung für die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr Karlsruhe. Es besteht dringend Bedarf, die veraltete IT-Architektur neu aufzustellen, professionell zu betreiben und weiterzuentwickeln, um den gestiegenen Anforderungen an Einsatz- und Führungsunterstützung gerecht werden zu können. Das IT-Amt befürwortet den Antrag der Branddirektion.
81	BrDi	SB 2nd-Level IT-Support, E10	1,00	75.600		S		1,00	75.600	Der Einsatz von IT-Verfahren hat in den letzten Jahren im Bereich der Einsatzführung und Einsatzunterstützung sowie bei der Steuerung des Wachbetriebes erheblich zugenommen. Die Verfügbarkeit der IT-Verfahren ist daher von zentraler Bedeutung für die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr Karlsruhe. In der Branddirektion sind rund 240 stationäre und mobile Endgeräte sowie etwa 230 weitere Peripheriegeräte im Einsatz. Die Betreuung der Geräte und die Abarbeitung eingehender Servicecalls beim ServiceDesk wird bislang von Kollegen des Einsatzdienstes nebenbei durchgeführt. Das IT-Amt befürwortet den Antrag der Branddirektion.
82	BrDi	Disponent/in, A09m	1,00	83.000		P		1,00	83.000	In der Dienstanweisung zur Integrierten Leitstelle (ILS) wurde von den Trägern (Landkreis Karlsruhe, DRK und Stadt Karlsruhe) vereinbart, den Personalbedarf der ILS in einem dreijährigen Rhythmus zu überprüfen. Das entsprechende Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass zur Aufgabenerledigung im Bereich der Disposition 53 VZW benötigt werden, was einem Stellenmehrbedarf von 14,0 VZW entspricht. Auf die Stadt Karlsruhe entfallen hiervon 3,0 VZW. Von diesen 3,0 VZW sollen im Rahmen eines Stufenplans 1,0 VZW in das Verfahren 2020 sowie 2,0 VZW in das Verfahren 2021 eingebracht werden.
83	BrDi	Lagedienstführer/in, A11	1,00	93.000		P		1,00	93.000	In der Dienstanweisung zur ILS wurde von den Trägern (Landkreis Karlsruhe, DRK und Stadt Karlsruhe) vereinbart, den Personalbedarf der ILS in einem dreijährigen Rhythmus zu überprüfen. Das entsprechende Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass zur Aufgabenerledigung im rückwärtigen Bereich 9,0 VZW benötigt werden, was einem Stellenmehrbedarf von 5,0 VZW entspricht. Auf die Stadt Karlsruhe entfallen hiervon 1,0 VZW.

84	GBA	SB Personal, A11; befristet auf 5 Jahre	1,00	93.000		P		1,00	93.000	Das GBA benötigt aufgrund einer gestiegenen und weiter steigenden Anzahl von Stellen im GBA, der gestiegenen Anzahl von Verfahren, die aufgrund der Bewerbermarktsituation mehrfach durchgeführt werden müssen sowie gestiegenen Aufwands in der Personalberatung und -betreuung eine weitere Stelle im Personalbereich. Die Stelle soll zunächst befristet auf 5 Jahre eingerichtet werden. Auf Grundlage einer methodischen Stellenbemessung soll anschließend der endgültige Stellenbedarf ermittelt werden.
85	GBA	SB Flächenverwaltung und Vertragswesen, E10; befristet auf 4 Jahre	1,00	75.600		F		1,00	75.600	Der Mehrbedarf resultiert zunächst auf projektcharakteristischen Tätigkeiten wie Aufbau neuer Strukturen, Klärung von Grundsatzfragen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt gehen die Aufgaben in einen dauerhaften Modus über. Die Stelle soll deshalb zunächst befristet auf 4 Jahre geschaffen und in dieser Zeit ein dauerhafter Stellenbedarf ermittelt werden.
86	GBA	Grünflächenpflege, Bezirk Baumpflege/-kontrolle, Abwicklung eingehender Untersuchungen, E08; befristet auf 2 Jahre	1,00	59.000		P		1,00	59.000	Ein Stellenbedarf von 1,0 VZW ist für die Abwicklung der eingehenden Untersuchungen bzw. für Zusatzkontrollen gemäß der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V.-Baumkontrollen vorhanden. Da es sich bei diesen Zusatzkontrollen um eine rechtlich verpflichtende Tätigkeit im Rahmen der Verkehrssicherungspflichten des Baueigentümers handelt, sollte die Stelle zunächst auf 2 Jahre befristet geschaffen und der dauerhafte Bedarf evaluiert werden.
87	GBA	Gärtner/in visuelle Routineinspektion Bezirk Baumpflege/-kontrolle, E07; befristet auf 2 Jahre	1,00	58.800		P		0,00	0	Da bei der visuellen Routineinspektion es sich um einen kritischen Bereich hinsichtlich der Verkehrssicherungspflichten handelt und da entstandene Schäden an Bäumen aufgrund der vergangenen Trockensommer bestehen, sollen 1,0 VZW zunächst befristet auf 2 Jahre geschaffen werden. Ein darüberhinausgehender Personalbedarf gilt es zu evaluieren.
88	GBA	Abtl. Unterhaltung Flächenbezirke, E14	1,00	98.800		S		1,00	98.800	Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass die Aufbauorganisation des GBA nicht optimal ist. Eine konkrete Maßnahme war, die Abteilung Grünflächenpflege in zwei separate Abteilungen aufzuspalten. Mit der Aufspaltung und Neuausrichtung soll insbesondere der Führungseingpass beseitigt werden, sodass in Zukunft schnellere Entscheidungen möglich sind und mehr Kapazitäten für die strategische Führungsarbeit zur Verfügung steht. Es besteht somit ein Mehrbedarf von 1,0 VZW.
89	GBA	Grünflächenpflege, Vorarbeiter/in E07 (4,0 VZW), Gärtner/in E06 (4,0 VZW), Gartenarbeiter/in E04 (4,0 VZW)	12,00	672.800		S		6,00	336.400	Im Rahmen der laufenden Organisationsuntersuchung wird zurzeit der Stellenbedarf für die Grünflächenunterhaltung auf Basis von KGSt-Kennzahlen ermittelt. Die Berechnung ist noch nicht abgeschlossen. Es zeigt sich schon jetzt, dass ein Stellenmehrbedarf von 12,00 VZW gegeben ist.
90	GBA	Aufsichtskraft Stadtgarten, E05	0,50	26.150		F		0,50	26.150	Aufgrund jährlicher Aufwände wie die Aufsicht während Veranstaltungen entsteht ein Personalmehrbedarf. In den besucherärmeren Wintermonaten sollen unterstützende Tätigkeiten wie die Beschaffung von Dienstkleidung und Datenabgleiche ausgeführt werden. Insgesamt sind 0,5 VZW erforderlich.
91	GBA	SB Grünflächenorganisation, E08	0,50	29.500		F		0,50	29.500	Für die Aufgaben Baustellen- und Ereignismanagement, KA-Feedback, Bestellung der Ausstattung, Genehmigungen für Veranstaltungen, Gefahrstoffkataster, Biostoffverzeichnis und Stellvertretung Lohnbuch ergibt sich rechnerisch ein Stellenbedarf von 0,45 VZW, der auf 0,50 VZW aufgerundet wurde.
92	GBA	Landschafts- und Grünordnungsplanung, Ingenieur/in Baugesuche, E11	1,50	122.400		P		1,50	122.400	Für die Bearbeitung von Baugesuchen und Bauanträgen sowie für zusätzlich auszuführenden Tätigkeiten wie die Teilnahme an der AG Wirtschaftsförderung, am Lenkungskreis Klinikum, Wettbewerbsverfahren, Bearbeitung von Liegenschaftsangelegenheiten, Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Angelegenheiten des Artenschutzes, Gremiumsvorlagen und öffentlich-rechtlichen Verträgen bedarf es die Schaffung von 1,5 VZW beim GBA.
93	GBA	Landschafts- und Grünordnungsplanung, Ingenieur/in, E11; befristet auf 5 Jahre	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Es ist vorgesehen, die Planungsprozesse mit einem Planungshandbuch qualitätssicherer zu machen. Für die Erarbeitung dieser Regelunterlagen sind 1,0 VZW erforderlich. Diese Regelunterlagen dienen u. a. der Einheitlichkeit von Planungsunterlagen für das gesamte GBA, reduzieren das Fehler-Risiko und sparen Zeit beim Erstellen von Unterlagen. Die Stelle soll zunächst befristet auf 5 Jahre geschaffen und dann evaluiert werden.
94	GBA	Ingenieur/in SB Ausgleichsflächen, E11; befristet auf 3 Jahre	1,00	81.600		P		1,00	81.600	Aufgrund der starken Zunahme von Ausgleichsbedarfen in den letzten Jahren ist für das Management der städtischen Ausgleichsflächen und für die Verwaltung der neu einzurichtenden Haushaltsstellen „Ausgleich“ eine ämterübergreifende Koordination in Form einer Planstelle erforderlich, bei welcher die Haushaltsmittel durch die beteiligten Ämter abgerufen werden können. Weitere Aufgaben sind das Pflegemanagement und die Steuerung der Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den beteiligten städtischen Ämtern, die Führung des Ökokontos und das Management der dort bevorratenden Flächen. Die Stelle soll zunächst befristet auf 3 Jahre geschaffen und der dauerhafte Bedarf sowie das Zusammenspiel mit den beteiligten Ämtern überprüft werden.

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschussitzung am 24. April 2020
Liste 2

Stand: 27.03.2020

95	FBA	Saisonarbeitskräfte Friedhofspflege (8 Monate), E02; befristet auf 3 Jahre	6,00	184.800		S		3,00	92.400	Seit 4 Jahren verzichtet die Stadt selbstverpflichtend auf den Einsatz von Herbiziden. Seit dem Verzicht und der seither in manueller Handarbeit behandelten Flächen (Friedhofswege u. Grablücken) erhöhen sich zum einen die Pflegeintervalle und zum anderen die Vielzahl an Wildkräuter. Die Auswertung der Friedhofsverwaltungsdatenbank hat zudem einen Anstieg der freien Grabstellen um 9.000 Grabstellen innerhalb der letzten 20 Jahre ergeben. Dies führt zu einem höheren Pflegeaufwand der Kleinparzellen und deren Rasenkanten zu den Grabstellen. Die Stellen sollen zunächst befristet geschaffen und analytisch betrachtet werden.
96	AfA	SB Kleidermagazin, E05 Hinweis siehe auch Liste 1, Lfd.-Nr. 27	0,15	7.845		P		0,00	0	Im Kleidermagazin ist eine Funktion in Vollzeit (Öffnungszeiten und Arbeiten im rückwärtigen Bereich) erforderlich. Eine Planstelle im Umfang von 1,0 VZW ist bereits eingerichtet. Um diese benötigte Funktion abdecken zu können, müssen die Ausfallzeiten durch Urlaub und Krankheit berücksichtigt werden. Im Ergebnis ergibt sich ein Stellenmehrbedarf in Höhe von 0,5 VZW. Die Finanzierung ist zu 70 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet, d.h. 0,35 VZW sind finanziert und auf Liste 1, Lfd.-Nr.27.
97	AfA	Assistenz stv. Amtsleitung/SB Lohnbüro, E08 Hinweis siehe auch Liste 1, Lfd.-Nr. 28	0,15	8.850		S	Über- planmäßige Stelle verlängern	0,00	0	Zur Unterstützung der Abteilungsleitung und des Lohnbüros war dem AfA eine bis zum 18. September 2019 befristete überplanmäßige Stelle im Umfang von 1,0 VZW zur Verfügung gestellt worden. Im Gegensatz zu anderen Abteilungen des AfA verfügt die Abteilung Personal, Organisation und Zentrale Services bislang nicht über eine entsprechende Planstelle für Assistenz-/Unterstützungsfunktionen. Es ergibt sich ein dauerhafter Bedarf von 0,5 VZW. Die Finanzierung ist zu 70 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet, d.h. 0,35 VZW sind finanziert und auf Liste 1, Lfd.-Nr. 28.
98	AfA	SB Personal, A11 Hinweis siehe auch Liste 1, Lfd.-Nr. 29	0,60	55.800		S	Über- planmäßige Stelle verlängern	0,00	0	Für den Aufgabenbereich Personalsachbearbeitung sind beim AfA 2,0 VZW Planstellen eingerichtet. Darüber hinaus ist der Dienststelle zur Personalverstärkung eine weitere überplanmäßige Stelle im Umfang von 1,0 VZW eingerichtet. Auf Basis der Kennzahlen ergibt sich ein dauerhafter Stellenmehrbedarf von ca. 2,0 VZW. Die Finanzierung ist zu 70 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet, d.h. 1,4 VZW sind finanziert und auf Liste 1, Lfd.-Nr. 29.
99	AfA	Mobilitätsmanagement, E10 Hinweis siehe auch Liste 1, Lfd.-Nr. 32	0,75	61.200		S		0,75	61.200	Zur strategischen und konzeptionellen Entwicklung der städtischen Mobilität ist eine zusätzliche Planstelle im Sachgebiet Fuhrparkmanagement des AfA erforderlich. Insbesondere geht es um die Weiterentwicklung des bestehenden Mobilitätskonzeptes der Stadt unter dem Fokus einer klimaneutralen Stadtverwaltung (Mobilitätswandel). Die Finanzierung ist zu 25 % über Gebühreneinnahmen gewährleistet. D.h 0,25 VZW sind finanziert und auf Liste 1, Lfd.-Nr. 32.
			37,45	2.382.485	0			26,55	1.822.390,00	Teilergebnis Dezernat 5 (priorisierte Stellen)
										Teilergebnis Dezernat 5

Dezernat 6										
100	HGW	SB Servicebüro, E06	0,50	28.350		P		0,50	28.350	Der Vergabebereich wurde durch die Firma Teamwerk organisatorisch betrachtet. Für die Mitarbeit des Servicebüros bei der Vergabe wurde in der Organisationsuntersuchung ein zusätzlicher Stellenbedarf in Höhe von 0,50 VZW ermittelt.
101	HGW	SB Vergabe, E10	2,00	151.200		S		2,00	151.200	Der Vergabebereich wurde durch die Firma Teamwerk organisatorisch betrachtet. Für die Aufgabenerfüllung ergibt sich ein Mehrbedarf von 2,0 VZW.
102	HGW	Assistenz Amtsleitung, E08	1,00	59.000		F		1,00	59.000	Im HGW gibt es nur ein Amtsleitungssekretariat, keine Bereichssekretariate. Aufgrund des Arbeitsanfalls sowie für Vertretungsregelungen bedarf es einer zusätzlichen Stelle.
103	HGW	Energiemanagement E11 (0,50 VZW), Technische Gebäudeausrüstung E08 (0,6 VZW)	1,10	76.200		S		1,10	76.200	Mit einer optimierten Betriebsführung lassen sich laut HGW beim Energie- und Medienverbrauch Minderausgaben in Höhe von rund 600.000 Euro/Jahr erzielen. Aufgrund von Berechnungen ergibt sich im Bereich Energiemanagement einen Stellenmehrbedarf von 0,5 VZW und für die Abteilung Technische Gebäudeausrüstung 0,60 VZW.
104	HGW	SB Finanzen, A8	0,50	37.250		P		0,50	37.250	Aufgrund gestiegener Fallzahlen von 2016 - 2018 in der Rechnungsbearbeitung ergibt sich ein Bedarf von 0,5 VZW im Finanzbereich, welcher dauerhaft gegeben ist.
105	HGW	Bereich Strategie und Datenmanagement, SB Assetmanagement/ Weißbuch Schulen, E11; 1,0 VZW unbefristet, 1,0 VZW befristet auf 3 Jahre ab Anfang 2021	2,00	163.200		S		2,00	163.200	Die seit 2019 eingerichteten IQ-Projekstellen "Weißbuch Schulen" sollen dauerhaft eingerichtet werden, da die Erfassung künftig auf den gesamten städtischen Gebäudebestand ausgeweitet werden soll. Nach der Ersterfassung schließen sich zyklischen Wiederholungserfassungen an. Aufgrund aktueller Zahlen ergibt sich rechnerisch einen dauerhaften Bedarf von 1,58 VZW. Allerdings muss für die abschließende Bewertung berücksichtigt werden, dass die Nachrechnung deutliche Unstimmigkeiten aufweist. Bei der Festlegung der befürwortbaren Stellenanteile muss deswegen ein genügend großer „Sicherheitspuffer“ angesetzt werden. Das POA empfiehlt, 1,0 VZW dauerhaft, weitere 1,0 VZW auf 3 Jahre befr. ab Anfang 2021 zu schaffen.
106	HGW	Bauzeichner/in, E06	1,35	76.545		S		0,35	19.845	Die Bautätigkeit des HGW richtet sich immer stärker auf die Sanierung/energetische Ertüchtigung von Bestandsgebäuden. Für diese Gebäude liegen in der Regel nur Unterlagen in Papierform vor. Mit den beantragten Stellen sollen digitale Pläne der Bestandsgebäude erstellt werden, die Grundlage für die Sanierung sind. Die Schaffung von 1,35 VZW ist erforderlich.
107	StPIA	Stabstelle Dienste, SB Finanzen und Geschäftsstelle Planungsausschuss, E09c; befristet auf 2 Jahre	1,00	69.500		S		1,00	69.500	Zu den Aufgaben der Serviceeinheit Dienste gehören neben klassischen Aufgaben wie Finanzen, Controlling, KLR, Anlagenbuchhaltung und Personalwesen auch besondere Aufgaben wie der Betrieb der Geschäftsstellen Nachbarschaftsverband Karlsruhe, des Planungsausschusses und des Sanierungsbeirats oder die Organisation des Stadtbauforums. Das StPIA verzeichnet eine Steigerung der Arbeitsaufwände beispielsweise die Ausweisung neuer Sanierungsgebiete oder die über die letzten Jahre gestiegene Anzahl der Planungsausschusssitzungen. Es wird vorgeschlagen, die Stelle zunächst auf 2 Jahre zu befristen und während Stellenlaufzeit methodisch auswertbare Daten zu erheben.
108	StPIA	Projektsteuerung und Verfahrensbetreuung, Projektsteuerung, E13 (2,0 VZW), Verfahrensbetreuung E09B (1,5 VZW) Hinweis siehe auch Liste 1, Lfd.-Nr. 7	2,00	159.300		F		3,50	283.600	Beim StPIA werden für die Projektsteuerung und Verfahrensbetreuung insgesamt Stellen im Umfang von 5,5 VZW benötigt. Davon sind bereits 1,0 VZW für die Projektsteuerung sowie 1,0 VZW für die Verfahrensbetreuung als befristete Planstellen vorhanden. Diese sollen entfristet werden, da der Bedarf dauerhaft besteht (siehe Liste 1, Lfd.-Nr.7).
109	LA	SB Grundstücksverkehr, A12	2,00	203.400		S		1,00	101.700	Für die Sachgebiete Grundstücksverkehr Ost und West besteht je ein Stellenmehrbedarf von 1,0 VZW. Grund für den Mehrbedarf ist seit 2015 ein Paradigmenwechsel hin zu einem freiwilligen Erwerb verfügbarer Grundstücke durch die Stadt. Für die seit 2015 zusätzliche Aufgabe wurden bislang keine Stellen eingerichtet. Die Fallzahlen beispielsweise die Überprüfung und Durchführung freiwilliger oder die Ausarbeitung städtebaulicher Durchführungsverträge oder Anwendungsvereinbarungen verzeichnen Zuwächse von 50 Prozent und mehr. Dies belegt den Mehrbedarf in Höhe von 2,0 VZW.

Liste 2

110	LA	SB Wohnraumförderung, A9m (0,5 VZW), A11 (1,0 VZW)	1,50	134.500		S		1,00	88.000	Beim LA ist die Schaffung von 1,5 VZW für das Sachgebiet Wohnraumförderung erforderlich. Der Bedarf ist aufgeteilt in 0,5 VZW für die Bearbeitung von Wohnberechtigungsscheinen und 1,0 VZW für die Wohnraumförderung. Basis für die Aufgabenvermehrung bilden die vom GR im Jahr 2014 beschlossenen Maßnahmenpakete KaWoF und KAI. Für die erweiterten Aufgaben wurden bislang keine zusätzlichen Planstellen eingerichtet. Für die erweiterten Aufgaben wurden bislang keine zusätzlichen Planstellen eingerichtet. Es sind signifikante Fallzahlsteigerungen zu verzeichnen. Beispielsweise bei Fällen der Landesförderung von 38 (Durchschnitt 2004:14) auf 65 im Jahr 2018, beim Bonusprogramm von 34 (Durchschnitt 2004:14) auf 78. Die Fallzahlen der Wohnberechtigungsscheine sind gegenüber dem Durchschnittswert von 760 p.a. der Jahre 2004-2016 auf 1.185 im Jahr 2018, also um 56%, gestiegen.
111	LA	Sanierungsverfahren Gewerbegebiet Grünwinkel, A12	0,25	25.425		S		0,25	25.425	Die Sanierung Gewerbegebiet Grünwinkel hat bereits Aufnahme in ein entsprechendes Bundes- sowie Landesförderprogramm gefunden. Es ist zu erwarten, dass das Land der Programmaufnahme für 2020 zustimmt und der GR noch in der ersten Hälfte des Jahres 2020 die Sanierungssatzung beschließen wird. Die Kalkulation des Aufwandes wurde aus dem bereits laufenden Sanierungsverfahren Innenstadt-Ost (Anzahl der betroffenen Objekte/rund 25%) abgeleitet. Somit ist die Schaffung von 0,25 VZW erforderlich.
112	LA	Landwirtschaftlicher Außendienst, Facharbeiter E06 (2,0 VZW), Meister E09C (1,0 VZW)	3,00	182.900		S		1,00	69.000	Beim LA ist die Schaffung von insgesamt 3,0 VZW erforderlich. 2,0 VZW bedarf es für die Bewirtschaftung der Streuobstwiesen. Diese erfolgt auf Basis des vom Ausschuss für Umwelt und Gesundheit in seiner Sitzung am 28. Februar 2017 befürworteten Streuobstwiesenkonzepes. Da der Baumbestand stark überaltert ist, muss ein zusätzlicher Aufwand betrieben werden, um die Streuobstwiesen in den durch das Konzept definierten Zustand zu versetzen. Es wird mit einem Zeithorizont von ca. 20 Jahren bis zum Erreichen des Soll-Zustandes gerechnet. 1,0 VZW sind notwendig für ein/e Landwirtschaftsmeister/in, da durch die Weiterentwicklung gesetzlicher Rahmenbedingungen ein stetig wachsender Bedarf für strategische Planungen sowie Teilnahme bzw. Übernahme einer Beratungsfunktion bei zentralen städtischen Projekten entsteht.
113	LA	SB Jagdgenossenschaft, E10	0,40	30.240		S		0,40	30.240	Aufgrund der Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes sowie dem GR-Beschluss von 2017 obliegt der Stadt die Verwaltung der Jagdgenossenschaft. Hierfür ist dauerhaft die Schaffung von 0,4 VZW erforderlich.
114	BOA	Bauverständige/r Sonderprojekte E11 (1,0 VZW), Rechtsachbearbeitung Sonderprojekte A11 (1,0 VZW)	2,00	174.600		P		2,00	174.600	Beim BOA ist die Einrichtung einer Sondersachbearbeitung mit Fokus auf Großprojekte erforderlich. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen überproportional hohen Aufwand an Zusammenhangstätigkeiten – Abstimmung, Beratung, Bescheide zu Teilfragen und dergleichen mehr – erzeugen. Mit der Einrichtung einer Sondersachbearbeitung sollen wichtige Kunden besser betreut werden.
115	BOA	Technische SB Brandverhütung, E11	2,00	163.200		P		2,00	163.200	Der Stellenbedarf für die Brandverhütungsschauen wurde 2017 durch das POA vertiefend untersucht. Im Wesentlichen wurden dabei Kennzahlen für die Stellenbedarfe entwickelt, die auf einem Quervergleich mit anderen Städten in Baden-Württemberg beruhen. Auf Basis der Kennzahlen ergibt sich ein dauerhafter Stellenbedarf von 4,0 VZW. 2,0 VZW wurden davon bereits 2017 geschaffen. Die fehlenden 2,0 VZW Stellen sollen nun durch Umwandlung der seit 2017 eingerichteten überplanmäßigen Stellen dauerhaft geschaffen werden.
116	TBA	Koordinierung IuK, E10	1,00	75.600		S		1,00	75.600	Die seit 1. April 2019 überplanmäßig eingerichtete Stelle für den IT-Service des Gebäudes Lammstr. 7 soll in eine Planstelle umgewandelt werden. Das IT-Amt bestätigt den quantitativen Bedarf und ist einverstanden, den IT-Support für das Gebäude vorübergehend dem Tiefbauamt zu übertragen. Die Stelle wird zum IT-Amt wandern, sobald die auf eine zentrale Wahrnehmung der IT-Services ausgerichtete städtische Strategie auch für das Gebäude Lammstr. 7 umgesetzt wird.
117	TBA	Facharbeiter/in E06 (1,0 VZW), Helfer/in E03 (2,0 VZW) und Vorarbeiter/in E6 (1,0 VZW)	4,00	213.000		P,S		4,00	213.000	Aufgrund einer deutlichen Zunahme des Arbeitsaufkommens ist die Einrichtung einer weiteren Arbeitskolonne im Sachgebiet Verkehrslenkung erforderlich. Von den insgesamt 28 gewerblichen Mitarbeitenden werden bislang 7 Arbeitskolonnen in je nach Aufgabenstellung wechselnder Besetzung abgedeckt. Ein seit Jahren kontinuierlich steigendes Arbeitsaufkommen ist insbesondere in den Aufgabenbereichen Veranstaltungen, Förderung Radverkehr, Baustellenverkehrsführung, Umleitungsbeschilderungen und verkehrslenkende Maßnahmen zu verzeichnen. Der Personalbestand ist seit dem Jahr 2005 unverändert.

Stellenschaffungsanträge zur Personalaussschussitzung am 24. April 2020
Liste 2

Stand: 27.03.2020

118	Zoo	Architekt/in Abteilung Bau und Technik, E11	1,00	81.600		S		1,00	81.600	Der vom GR im Jahr 2016 verabschiedete Masterplan (Zooentwicklungskonzept) umfasst 33 in Verantwortung des Zoos liegende Bauprojekte. Darüber hinaus führt die aktuelle Aufstellung des Zoos über Unterhaltungs- und sonstige Arbeiten 178 Einzelmaßnahmen auf, die von der Abteilung Bau zu planen und überwachen sind. Für die bis 2023 projektierten Baumaßnahmen errechnet sich ein Personalbedarf für die gesamten Bauherrenaufgaben des Projektmanagements in Höhe von 1,35 VZW pro Jahr. Teilweise können Aufgaben aus dem Segment Projektsteuerung vergeben werden, sodass die Einrichtung von 1,0 VZW notwendig ist.
119	Zoo	Tierarzt/ärztin, E14	0,50	49.400		F		0,50	49.400	Für die tierärztliche Betreuung ist beim Zoo derzeit eine Planstelle im Umfang von 1,0 VZW vorhanden. Seit 2014 müssen verschiedene Aufgaben, wie z.B. die komplette Führung und Organisation der tierärztlichen Hausapotheke inkl. Betäubungsmittel, von der Tierärztin des Zoos erledigt werden. Darüber hinaus hat sich der Tierbestand des Zoos mit der Eröffnung des Exotenhauses, der Australien-Voliere, Gehege für Nasenbären usw. um mehr als 2.500 Individuen erhöht. Der tierärztliche Betreuungsaufwand für die Tiere hat sich zudem aufgrund gesetzlicher Dokumentationspflichten signifikant erhöht. Die Beauftragung externer Tierärzte gestaltet sich wegen fehlenden Spezialisierungen auf exotische Tiere oftmals schwierig, zumal die administrativen Aufgaben (Dokumentation usw.) weiterhin von der Zootierärztin erledigt werden müssen.
120	Zoo	Reinigungskräfte, E02	4,00	184.800		F		2,00	92.400	Eine durchgeführte Gesamtflächen- und Bedarfsanalyse aller zu reinigenden Objekte und Flächen im Zoo ergibt einen Bedarf von 6,38 VZW an Reinigungskräften. Derzeit sind für Reinigungsaufgaben 2,29 VZW eingerichtet, sodass sich ein zusätzlicher Stellenbedarf von 4,0 VZW errechnet. Hierdurch ergibt sich eine größere Flexibilität bei der Einsatzplanung. Eine externe Vergabe ist nicht anzustreben aufgrund der Anforderungen an Reinigungsarbeiten in der Nähe von Tieren.
121	Zoo	Zooscout, E05; siehe auch Liste 1, Lfd.-Nr. 37	0,50	26.150		F		0,50	26.150	Im Sachgebiet Zoopädagogik sind überplanmäßig 1,5 VZW eingerichtet. Die Tiergartengestaltung Wiesenthal bestätigt in ihrem Gutachten (Personalstrukturanalyse vom September 2017) den dauerhaften Bedarf an 1,5 VZW Zooscouts. Die Umwandlung von 1,5 VZW üpl. Personal in Planstellen ist deshalb notwendig. Der Zoo plant, die Planstellen dauerhaft mit festem Personal in Teilzeit zu besetzen, um flexibel auf saisonale Schwankungen reagieren zu können. Durch Einnahmen aus Führungen ist die Stelle zu 74 % gegenfinanziert, sodass 1,0 VZW auf Liste 1 und 0,5 VZW auf Liste 2 sind.
								28,60	2.078.460	Teilergebnis Dezernat 6 (priorisierte Stellen)
			33,60	2.365.360	0					Teilergebnis Dezernat 6
								120,45	9.271.632	Gesamtergebnis Dezernate 1 - 6 (priorisierte Stellen)
			145,64	10.891.016	14.735					Gesamtergebnis Dezernate 1 - 6